

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ludwig Dehio
Preußisch-deutsche Geschichte 1640—1945
(auf Seite 25)

THEODOR SCHIEDER

Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat

Der hier folgende Text hält den Wortlaut eines Vortrags vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Katholischen Akademie in Bayern fest. Der Verfasser veröffentlicht demnächst über das gleiche Thema eine Abhandlung in der Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Willens- und Bekenntnisgemeinschaft?

Das deutsche Kaiserreich von 1871 ist als historische Erscheinung ein sehr kompliziertes Gebilde. Es wurde vom mächtigsten deutschen Einzelstaat geschaffen und in seinem Wesen geprägt. Es nahm die Namen des mittelalterlichen Imperiums und seines Kaisertums auf und war in den Formen eines Bundesstaates von Fürsten und freien Städten organisiert, in denen die moderne Nation nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht erhielt. Es umfaßte weder alle Wohngebiete der Deutschen in Mitteleuropa noch den historischen Raum, der einst zum Römischen Reich Deutscher Nation und dann zum Deutschen Bund von 1815 gehört hatte. Es war eine kontinentale Militärmacht, die aber bald zu maritimer und kolonialer Weltpolitik überging und den Reichsgedanken ins Imperiale zu wenden suchte. Und doch glauben wir seine geschichtliche Bedeutung und sein Wesen am treffendsten zu bestimmen, wenn wir es als Nationalstaat bezeichnen. Mit diesem Urteil machen wir uns indessen die Sache nicht leichter. Wir treten vielmehr in eine schwierige historische Problematik ein, die nicht nur jede einheitliche historisch-politische Begriffsbildung in den verschiedenen europäischen Nationen erschwert, sondern auch den Ausgangspunkt politischer Konflikte größten Umfanges gebildet hat. So gut wie alle europäischen Staaten, deren Geburtsstunde ins 19. und beginnende 20. Jahrhundert fällt, deklarieren sich als Nationalstaaten. Das heißt, sie rechtfertigen sich aus dem Willen einer Nation, deren staatliche Form zu sein sie beanspruchen. Aber über den Charakter dieser Nation besteht keinerlei Einverständnis. Sie kann als Willens- und Bekenntnisgemeinschaft der in einer Staatsidee verein-

ten Staatsbürger verstanden werden wie in Frankreich. Sie kann, um ein anderes Extrem zu nennen, die organisierte und politisch geeinte Sprachgemeinschaft sein wollen, wie es die ältere deutsche Nationalbewegung meinte. Einen absoluten Gegensatz zwischen dem, was man den Staatsnationalismus im westlichen politischen Denken und den Volks- und Sprachnationalismus etwa im Sinne Herders nennen kann, gibt es indessen nicht. Der westeuropäische Staatsnationalismus mit der alleinigen Ausnahme der Schweiz ist keineswegs frei von einem sprachlichen und ethnischen Assimilationswillen, wie umgekehrt der von Sprache und Volkstum ausgehende Nationsbegriff in Mittel- und Osteuropa nirgends auf den Staatsgedanken

als Ziel und als Mittel nationaler Politik Verzicht leistet. Jeder Versuch rein begrifflicher Unterscheidungen ist gerade auf diesem Felde zum Scheitern verurteilt. Man muß sich vielmehr den realen historischen Erscheinungen zuwenden und aus ihnen die Anschauung des modernen Nationalstaates zu gewinnen suchen. Dies soll hier in den folgenden Überlegungen geschehen und zwar am Beispiel vor allem dreier Fragenkreise. Einmal an Hand der Frage nach den Trägern und den Gegnern nationalstaatlichen Bewußtseins im kaiserlichen Deutschland, dann der nach den Formen der nationalstaatlichen Politik im Kaiserreich und schließlich an der Frage nach den Symbolen, den Herrschaftszeichen und dem politischen Stil des Nationalstaats.

Eine Schöpfung der preußischen Staatsmacht

Beginnen wir mit dem ersten. Das Deutsche Reich von 1871 ist eine Schöpfung der preußischen Staatsmacht, die unter Bismarck eine Interessengemeinschaft mit der bürgerlichen Nationalbewegung eingegangen ist. Diese Interessengemeinschaft hat zu keiner Stunde zu einer vollen Harmonie geführt, aber sie war doch mehr als eine reine Vernunfthe, denn sie beruhte auf einem stattlichen Fundament gemeinsamer Überzeugungen. Die von Hegel kommenden Anhänger des gemäßigten Liberalismus hatten schon in Frankfurt ihre Bereitschaft für sie nur insoweit verbindlich, als starken Staat zu begründen. Die Nationalitätsidee war für sie nur insoweit verbindlich, als sie der Verwirklichung des starken Staates nicht

im Wege stand. Darum der Verzicht auf Deutsch-Österreich und das, was dann die kleindeutsche Lösung genannt wurde. Darum aber auch die bundesstaatliche Lösung, die das Tor dazu öffnete, das historische System der Einzelstaaten wenigstens formell mit einer starken, ja überwiegenden Zentralmacht zu vereinigen. Für die repräsentativsten Denker des kleindeutschen Nationalstaates, etwa Johann Gustav Droysen oder Dahlmann, war der Anschluß der Nationalpartei an Preußen nicht ein Akt der Not, sondern der Notwendigkeit. Preußen wurde von ihnen als der idealistische und zugleich der protestantische Staat verstanden, mit dem der geistige und sittliche Fortschritt der Nation verknüpft war.

Für die preußische Politik und ihren Machtwillen mußte diese Bewegung der gegebene Verbündete sein, wenn es ihr erst gelang, das Mißtrauen gegen die Revolutionäre von 1848 und gegen die Träger der Opposition im großen Verfassungskonflikt nach 1860 zu überwinden. Erst Bismarcks grundsatzfreies Machtdenken bot dazu die Hand. Er schuf den Bund von Preußen und Kleindeutschland, indem er, wie Jacob Burckhardt gesagt hat, die deutsche Revolution von oben abschnitt. Anders aber als in der Zeit der preußischen Reformen und in der Zeit der Revolution von 1848/49 war es jetzt der erstarkte friderizianische Machtstaat, der dem national-deutschen Liberalismus als der überlegene Partner gegenübertrat. So waren schon durch die politischen Machtverhältnisse im Verfassungskompromiß von 1867 bis 1871 dem liberalen Konstitutionalismus, aber im weiteren Sinne auch dem nationalen Idealismus der deutschen Bildungsschichten Grenzen gesetzt. Diese Grenzen wurden noch enger gezogen durch zwei fast gleichzeitige Ereignisse. Einmal durch die Erschütterungen des Sozialgefüges, wie sie sich aus der Industrialisierung ergaben. Nicht nur, daß aus der Industriegesellschaft ein neuer vierter Stand sich ausgliederte, der an der bisherigen nationalen Entwicklung nicht teilgenommen hatte. Auch das Bürgertum selbst verlor seine einheitliche soziale Gestalt und begann sich in der industriellen Arbeitswelt zu differenzieren. Es verlor dadurch aber auch seinen einheitlichen politischen Willen und weiterhin auch den geistigen Konnex mit den Bildungstraditionen des frühen 19. Jahrhunderts.

Diese Tendenz wurde nun noch durch einen zweiten Vorgang gefördert. Der nationale Staat trat ins Leben, als sich die geistigen Gehalte des nationalen Liberalismus bereits erschöpft hatten und vor allem Hegel seine beherrschende Stellung im deutschen Geistesleben verloren hatte. An seinen Platz rückten zwei Bewegungen, der philosophische Pessimismus und der

von den Naturwissenschaften herkommende Motivismus und mit ihm der philosophische Positivismus. Während dieser Positivismus vor allem die Rechtswissenschaften unter seinen Einfluß brachte und damit auch dem Staatsdenken den idealistischen Boden entzog, auf dem es bis dahin gestanden hatte, ging der Pessimismus in der Mitte der 70er Jahre zum Generalangriff auf jede Staatsgesinnung über. Friedrich Nietzsche sprach in der ersten seiner unzeitgemäßen Betrachtungen das bittere Wort von „*der Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches*“, und Richard Wagner, dessen Werk an sich manches zu den geistigen Grundlagen des neuen Reiches beigetragen hatte, war es in der Umwelt des deutschen Nationalstaates „*bald sonderbar zumute*“.

In der Tat war es eine eigentümliche Konstellation, daß unmittelbar nach der Reichsgründung der politische Staat, die gesellschaftliche Bewegung und der Kulturgeist auseinandertraten. Seither ist die Frage nach dem ideellen Gehalt der Reichsgründung von 1871 nicht verstummt. Helmut Plessner hat ihr jüngst schlechthin die Rechtfertigung im Zeichen einer Idee aberkannt und ihr nur das Recht historischen Schicksals zuerkennen wollen. Wenn mir auch hier übersehen zu sein scheint, daß eben daraus ein geistiges Selbstverständnis der deutschen Lage sich hätte entfalten können, so trifft es sicher zu, daß diese Möglichkeiten nur von einzelnen gesehen wurden. Der Nationalstaat wurde zwar die beherrschende Macht auf dem politischen und sozialen Feld auch für die, die ihm widerstrebten, aber er war doch nur mit einigen Teilgebieten des Geisteslebens enger verknüpft, etwa mit den Rechts- und Sozialwissenschaften, vor allem aber mit der Geschichte, von der indessen Friedrich Meinecke im Jahre 1908 einmal sagen konnte, daß für sie der Bund mit dem Nationalleben kein reiner Segen gewesen sei.

Träger und Gegner des neuen Staates

Nun wird freilich eine lediglich geistesgeschichtliche Betrachtung nicht genügen, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Man muß auch von der Sozialgeschichte her die Frage nach den Trägern des Nationalstaates stellen. Es ist bezeichnend, daß dafür der Boden noch nicht überall genügend gesichert ist, um zu eindeutigen Ergebnissen zu gelangen. Am ehesten lassen sich Schlüsse aus der Stärke der Parteien im Reichstage und ihrem jeweiligen Verhältnis zur Reichspolitik ziehen. Daraus wird nun vor allem die Verschiebung deutlich, die sich vom nationalen Liberalismus, als dem wichtigsten Partner Bismarcks in den Jahren der Reichsgründung hinüber zu konservativen Gruppen vollzieht. Dazu hat Bismarck mit der Zerschlagung der national-liberalen Partei am Ende der 70er Jahre selber Erhebliches beigetragen, aber die Wurzeln lagen noch tiefer. Einer der be-

merkenswertesten Vorgänge der nationalen Geschichte zwischen 1871 und 1914 ist das Einschwenken der konservativen Führungsschichten Preußens, namentlich in Ostelbien, in die Gefolgschaft der nationalen Reichspolitik. Es beginnt schon mit der Gründung der Deutschkonservativen Partei im Jahre 1876 und endet schließlich mit der noch 1870 undenkbaren Gleichsetzung der Begriffe national und konservativ, wie sie namentlich nach dem Zusammenbruch von 1918 üblich wird. Diese Wendung hat eine Reihe von Gründen: so die zeitweise starke Interessengemeinschaft der agrarischen und schwerindustriellen Kreise, wie sie schon beim Übergang zur Schutzzollpolitik am Ende der 70er Jahre hervortritt. Dann aber auch die gemeinsame Förderung der imperialistischen Weltpolitik der nachbismarckischen Ära, in der der Machtstaatsgedanke preußisch-konservati-

ver Herkunft und der bürgerlich-ökonomische Expansionswille eine unauflöslche Ehe eingingen.

Auf der anderen Seite aber entsprach der Einschmelzung des preußischen Konservativismus in die Reichspolitik eine allmähliche nähere Heranführung derjenigen Gruppen, die in den ersten Jahrzehnten abseits vom Reiche oder geradezu im Gegensatz zu ihm gestanden haben. So der politisch im Zentrum organisierten katholischen Volksteile und zum Teil auch schon der sozialistischen Arbeiterschaft, so sehr hier alles in den Grenzen faktischer Lösungen von Fall zu Fall und niemals grundsätzlicher Entscheidungen geblieben ist. Beim Zentrum war dies schon beim Abbau des Kulturkampfes erkennbar, bei der Sozialdemokratie etwa bei der Jahrhundertwende und eigentlich ganz deutlich erst seit dem August 1914.

Aber um diese Entwicklung richtig zu würdigen, bedarf es noch einiger Worte über die Ausgangslage von 1871. Das heißt, wir müssen der Frage nach den Trägern die nach den Gegnern des preußisch-kleindeutschen Nationalstaates folgen lassen. Hier stoßen wir auf drei Kreise: Erstens auf alle die Gruppen, die zu den Besiegten von 1866 bis 1871 gehörten und in irgendeiner Form die große deutsche Vergangenheit und alle ihre Traditionen gegen die neuen Gewalten und Ordnungen verteidigten. So die mit Österreich unterlegenen Vertreter großdeutsch-universalistischer Reichspolitik, mit denen sich die Anhänger des partikularen, dynastischen Patriotismus verbanden, wie die Welfen oder die bayerische Patriotenpartei. Sie alle wären vielleicht kaum mehr zum Zuge gekommen, hätten sie nicht einen Anhalt an derjenigen geistigen Macht gefunden, die sich als Trägerin eines universellen Widerstandes gegen die Zeitideen des Liberalismus und Nationalismus wußte, am Katholizismus. Er stellte den Widerstand der teilstaatlichen Traditionen gegen den neuen nationalen Machtstaat und die Entrüstung über den Verlust des europäisch-universalen Erbes, der durch den Ausschluß Österreichs eingetreten war, in einen großen geistigen und politischen Zusammenhang und gab ihm die Kraft, die sie allein aus sich nicht mehr besessen hätte.

Der zweite Kreis der Gegner wurde aus der revolutionären gesellschaftlichen Umformung geboren, in die das junge Deutsche Reich gleich nach seiner Gründung sich gestürzt sah. Der vierte Stand, ohne jeden Anteil an den Bildungstraditionen der bürgerlichen Schichten, sah den jungen Nationalstaat mit den Augen des Ausgeschlossenen. Er erwachte zum selbständigen Bewußtsein als Schicht, als Klasse in einer bürgerlich-feudal eingerichteten Umwelt. In seiner Verlassenheit griff er nach einer Lehre, die aus dem Klassenbewußtsein einer Minderheit die Idee des Klassenkampfes entwickelte. Tra-

ten die großdeutsch-katholischen Gegner dem kleindeutschen Nationalstaat mit ihrem Erbe übernationaler Reichsideen entgegen, so bekämpften ihn die Sozialisten mit ihrem Programm der Klassen-Internationalität. Es ist kein Zweifel, daß von dieser Seite der Totalitätsanspruch des Nationalstaates von 1871 für längere Zeit am wirkungsvollsten bestritten wurde. Es bedurfte fast dreier Jahrzehnte, bis im bürgerlichen Liberalismus die Unüberwindlichkeit der sozialistischen Partei von einzelnen wie Naumann erkannt wurde, und damit die Notwendigkeit, den politisch organisierten vierten Stand

als eine Realität der national-staatlichen Politik zu sehen. Seit den ersten Vorstößen des sogenannten Revisionismus und seit dem Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen war es aber andererseits auch erwiesen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht entschlossen war, den Nationalstaat mit revolutionären Mitteln zu überwinden, sondern ihn höchstens von innen her umzuformen. Dies ist ein nicht weniger bedeutsames sozialgeschichtliches und politisches Ereignis als die Verschmelzung der konservativ-preußischen Führungsschicht mit der nationalen Reichspolitik.

unter dem Tumult des Hauses einen Antrag vor, die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen sich über die ohne ihr Befragen vollzogene Einverleibung in das Deutsche Reich aussprechen zu lassen, d. h. ihr das vorenthaltene Recht der Selbstbestimmung zu geben. Mehrfach Protest erhoben auch die Abgeordneten polnischer Nationalitäten aus den preußischen Ostprovinzen, und sie forderten sogar den Ausschluß der unter preußischer Herrschaft stehenden polnischen Landesteile aus dem Gebiet des neuen Nationalstaates. In der darüber geführten großen Reichstagsdebatte vom 1. April 1871 traten sich die prinzipiellen Standpunkte scharf gegenüber. Bismarck versuchte dem Polen eben das staats-nationale Prinzip entgegenzuhalten, das die Elsässer an Frankreich band. „Die Herren“, sagte er „gehören zu keinem anderen Staat und zu keinem anderen Volke als zu dem der Preußen, zu dem ich mich selbst zähle.“ Aber damit konnte er nicht vergessen machen, daß es sich jetzt um die Einverleibung in ein Deutsches Reich handelte. „Wir wollen“, so erwiderte ihm ein polnischer Abgeordneter, „bis Gott anders über uns bestimmt hat, unter preußischer Herrschaft bleiben, aber dem Deutschen Reich wollen wir nicht einverleibt sein“. Ein anderer polnischer Vertreter berief sich zur Verteidigung des historischen und ethnischen Nationalitätsbegriffs auf das elsässische Beispiel und begrüßte den Sieg des Nationalitätsprinzips in Elsaß und in Deutsch-Lothringen freudigst. So schlug der gleiche Grundsatz an der einen Stelle gegen die andere aus, und der Nationalstaat stieß an mehreren seiner Grenzen auf eine Verneinung, die nicht eine Verneinung des Prinzips sein wollte wie bei den Verfechtern übernationaler oder internationaler Politik, sondern nur seine konsequente Anwendung verlangte. Die Dänen, die Elsässer und auch die Polen wollten eben einem anderen Nationalstaat angehören als dem deutschen.

Das Nationalitätenproblem im Deutschen Reich

Bei dem dritten Kreis der Gegner der Reichsgründung von 1871, den fremdnationalen, nicht-deutschen Gruppen, möchte ich etwas länger verweilen. Läßt sich auch ihr Widerstand nicht mit der Wirkung messen, die der Angriff der Sozialdemokratie gehabt hat, so steht er doch mit der Hauptwurzel des Nationalstaatsgedankens, dem Nationalitätsprinzip, in engerem Zusammenhang als dieser. Seit dem Ausscheiden Österreichs aus dem politischen Verband des von Preußen organisierten Kleindeutschlands gehörte das Verhältnis eines national-deutschen Staates zu Nationalitäten anderer Sprache und zum Teil auch anderen politischen Willens nicht mehr zu den zentralen Problemen der nationalen Politik, wie etwa noch in der Frankfurter Paulskirche. Aber immerhin sah sich der deutsche Nationalstaat im Norden, Westen und Osten, in Nordschleswig und Elsaß-Lothringen und in den preußischen Ostprovinzen Nationalitäten im sprachlich-ethnischen oder im politischen Sinne gegenüber. An keiner Stelle waren diese Nationalitätenprobleme des Kaiserreiches Relikte der übernationalen Vergangenheit vor 1806, sondern überall das Ergebnis des nationalstaatlichen Prozesses selbst. Im Osten Preußens war die polnische Frage aus der Macht- und Gleichgewichtspolitik des Wiener Kongresses entstanden und schließlich seit der Aufnahme der preußischen Ostprovinzen in den Norddeutschen Bund zu einem Problem der nationalstaatlichen Politik geworden. Im Westen stammte die elsäß-lothringische Frage aus dem Nationalkrieg von 1870/71 und im Norden die schleswigsche aus dem Dänischen Krieg von 1864 und dem Prager Frieden von 1866 zwischen Preußen und Österreich. Im Artikel V dieses Prager Friedens war den Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig die in ihren rechtlichen Konsequenzen umstrittene Aussicht gemacht worden, daß sie, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten. Diese zwischen Preußen und Österreich vereinbarte Bestimmung wurde vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn 1878 durch Vertrag aufgehoben, wodurch der Inhalt dieses Artikels vertragsrechtlich, aber noch nicht politisch beseitigt war.

Stand schon also die nordschleswigsche Frage in einem eigentümlichen Kontrast zu der im Zeichen der nationalstaatlichen Idee vollzogenen Angliederung der Herzogtümer, so war dieser Kontrast noch auffälliger in Elsaß-Lothringen. Seine Rückkehr zum Reich wurde in der deutschen Öffentlichkeit als Siegel auf die Verbindung von Nationalstaat und Reichsidee gefeiert, die 1870/71 hergestellt wurde. Der Anspruch auf die Abtretung dieser Gebiete wurde historisch als die Heimkehr der avulsa imperii begründet und gleichzeitig aus dem Prinzip der Nationalität und zwar der ethnisch-sprachlichen Nationalität hergeleitet. Nirgends in der europäischen Geschichte sind die beiden Grundformen des Nationalbegriffs so unvermittelt aufeinander gestoßen wie hier; auf den deutschen, aufgrund der Nationalität erhobenen Anspruch antwortete die französische Nationsidee auch der deutschsprachigen Elsässer mit dem Protest in der Französischen Nationalversammlung von Bordeaux. Dieser Protest wurde im Jahre 1874 beim Eintritt der ersten Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen in den Reichstag durch den Elsässer Teutsch wiederholt. Er brachte damals

Bismarcks Zurückhaltung in der Assimilationspolitik

Gerade dies hat nun der deutschen Politik Schranken gesetzt und von vornherein in ihr vorhandene Richtungen bis zur äußersten Schroffheit verstärkt. Die Nationalismen steigerten sich gegenseitig in ihrer Vehemenz. Es ist zu fragen, ob dies seit den Anfängen der Reichspolitik unabänderlich gewesen ist und ob sich niemals Alternativen einer anderen Politik gezeigt haben. An zwei Möglichkeiten muß hier erinnert werden. Die erste lag in der eigentümlichen Distanz, in der der Reichsgründer selbst zum Nationalstaat stand. Er war ihm nur ein Mittel, um einen historischen Staatsgedanken, den preußischen, zu stärken und nach innen und außen zum Siege zu führen. Ein endgültiges Ziel war es für ihn nicht. Eben darum konnte er die national-deutsche Reform da abschneiden, wo die Ausstrahlungskraft dieses preußischen Staatsgedankens aufhörte, nicht da, wo das Nationalitätsprinzip es erfordert hätte. Der Reichsbau war daher nach dem Maße der preu-

bischen Staatsmacht geschaffen, auch da, wo er, wie bei den süddeutschen Staaten, hinter dem national-deutschen Einheitswillen zurückblieb. Neben den norddeutschen Annexionen von 1866 stehen so die süddeutschen Reservatrechte von 1870. In der äußersten Randzone des neuen Reichsbaues kommt dazu die unangetastete Souveränität der österreichischen Monarchie und die vor allem von dem alten Bismarck immer wieder ausgesprochene Verweisung der Deutschen in der Monarchie, aber auch in den baltischen Ländern, an ihren Staat.

Hans Rothfels hat vor 25 Jahren in seiner Studie über „Bismarck und der Osten“ darauf aufmerksam gemacht, daß Bismarcks Werk in seinem Wesen nicht zu erfassen sei, wenn es als Nationalstaat, wenngleich unvollkommener Art, vorgestellt wird. Es gehöre zu seinem Grundcharakter, daß der Reichsbaumeister mit allen Kräften darum rang, den Lebenszusammenhang zwischen Mittel- und Osteuropa auf seine Weise

in Form zu bringen, durch Mittel und Ziele, die abwichen von der Gedankenwelt der westlichen Nationen und die doch mehr und anderes bedeuten als bloß opportunistische oder realpolitische Anpassungen an eine Lage, die das Vollkommenere eben nicht zuließ. Diese Thesen haben immer noch etwas von ihrer Aktualität behalten. Nur lassen sie sich, wie ich glaube, eher an der außenpolitisch-europäischen Seite der Bismarck'schen Politik, als an ihrer innenpolitischen, preußisch-deutschen nachweisen. Gewiß unterscheidet sich auch die innere Nationalitätenpolitik Bismarcks von dem späteren nationalliberalen Nationalstaatsprogramm. Zurückhaltung in der Sprachassimilationspolitik, die schon in den 70er Jahren beginnt, war für die Bismarck'sche Ära noch in mancher Weise charakteristisch, ebenso die Beschränkung der Ansiedlungspolitik im Osten auf defensive Ziele. Und überall in Elsaß-Lothringen, in Posen und Westpreußen der Vorrang der strategisch-militärischen Sicherung vor der Unterstützung dessen, was Bismarck „Professorenideen“, wie die der Nationalität, genannt hat.

Dies hat alles zweifelsohne wenig reale Konsequenzen für die Ostmarkpolitik gehabt, aber es unterscheidet sich doch im Gehalt von den späteren Phasen der Reichspolitik namentlich unter Bülów. Diese hat sich das national-deutsche Programm des militanten Nationalstaates ganz zu eigen gemacht. Nach außen aber ist die Vorstellung vom Funktionszusammenhang, in dem die Deutschen in den anderen europäischen Staaten als Bürger ihres Landes und Vermittler zum Reiche stehen, zu einer formal verstandenen Nicht-Interventionspolitik gegenüber Volks-

genossen, die von uns völkerrechtlich getrennt sind, wie Fürst Bülów einmal im Reichstag sagte, verblaßt. Hinter dieser Politik beginnt sich mancher nationale Zündstoff anzusammeln, wie noch zu zeigen sein wird.

Die zweite Möglichkeit einer grundsätzlich anderen Nationalitätenpolitik muß in der geistigen Überlieferung des deutschen Liberalismus gesucht werden. Der liberale Nationalitätsgedanke hatte eine doppelte Wurzel: eine Herder'sche und eine Hegel'sche. D. h., Nationalität konnte im Geiste Herders als ein geistig-kulturelles Prinzip aufgefaßt werden, das sich vor allem in der Sprache realisierte, die die gemeinsame geistige Grundform der gesellschaftlichen Einheit des Volkes bildet, wie dies der preußische Statistiker Richard Böckh, ein später Schüler Herders, noch im Jahre 1869 ausgesprochen hat. Unterdrückung der Sprache wird dann mit Entgeisterung der Bevölkerung gleichgestellt. Eben darum verbieten sich Sprachzwang und nationale Assimilation als widernatürliches Prinzip. Dem Nationalitätsprinzip werde voll Genüge getan, meint Böckh, wenn ohne Veränderung der Staatsgrenze Sprachfreiheit hergestellt, Achtung der geistigen Selbständigkeit jeder Bevölkerung in ihrer Volkssprache, auch innerhalb des Machtgebiets der Staaten zur Anwendung gebracht würde. So fordert Böckh gegenseitige Zusicherungen der Achtung der dänischen und deutschen Nationalität in Nordschleswig unter dem Schutz all derjenigen Mächte, die sich für ihr Gebiet zum Gleichen verpflichten. Das nationale Recht der Polen sieht er in die Gewissenstreue einer deutschen Regierung gestellt.

Die Überlegenheit der Polen in der gesellschaftspolitischen Sphäre beim Ausbau ihres „Gemeinwesens im preußischen Staat“, wie man es einmal genannt hat, war offenkundig. Sie und die offenkundige Unmöglichkeit, die Polen innerlich für die deutsche Staatsidee zu gewinnen, führte die deutsche Gegenaktion immer weiter auf die Bahn einer militanten Nationalpolitik. Zu der Germanisierung der Menschen trat der Versuch der Germanisierung des Bodens in der Ansiedlungsgesetzgebung seit 1886. Und doch, so einheitlich die Sprachpolitik im preußisch-deutschen Nationalstaat auf den ersten Blick erscheint, so sehr ist sie doch von verschiedenen Tendenzen bestimmt; untergründig ging die Auseinandersetzung zwischen der von Böckh geführten Richtung des national-toleranten Liberalismus und den Anhängern der strikten Assimilation im Geiste von Rössler und Treitschke weiter. Die von einem Sohn Schellings verfaßten Motive zu dem einzigen deutschen Gesetz, das sich ausschließlich mit der Sprachenfrage befaßt, nämlich dem preußischen Geschäftssprachengesetz von 1876, sprechen von der Nationalsprache als einem Wahrzeichen der Einheit eines Staates, der auf das nationale Gepräge Gewicht legt. Sie lehnen es aber nur ab, die Sprache einer andersredenden Bevölkerung als gleichberechtigte Staatsprache anzuerkennen und wollen ihr ihre Geltung als Volkssprache nicht nehmen. Gegen den leidenschaftlichen und übrigens auch höchst geschickten und intelligenten Widerstand der Polen wird in der Debatte unter anderem auch vom preußischen Innenminister Grafen Eulenburg die Böckh'sche Trennung von Volkssprache und Staatssprache als das Ziel dieses Gesetzes bezeichnet, das die deutsche Sprache als die ausschließliche Geschäftssprache aller Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates festlegt, den nicht-öffentlichen Gebrauch der Volkssprachen aber unangetastet läßt.

Nach der Jahrhundertwende hatte sich die Lage dann erheblich verschärft. Jetzt wurde die Diskussion über die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache im Nationalstaat mit weit radikaleren Parolen fortgeführt. Der amtliche Bereich, in dem die Nationalsprache ein Monopol besitzen sollte, wurde mehr und mehr ausgedehnt, unter anderem auch gefordert, Versammlungen, die in anderen Sprachen abgehalten würden, aus diesem Grunde aufzulösen. Diese Forderung wurde mit dem eben erwähnten Geschäftssprachengesetz von 1876 begründet, da nur bei einer Versammlungsführung in deutscher Sprache das polizeiliche Aufsichtsrecht in jedem Falle wahrgenommen werden könne. So untergeordnet dieser Anlaß gewesen sein mag, so sehr hat er nun in die Mitte der nationalstaatlichen Politik hineingeführt. Führende Juristen dieser Zeit benutzten jetzt den Anlaß, um den Nationalstaat „als Rechtsbegriff“ mit allen

Das Ende national-kultureller Toleranz

Diese Idee national-kultureller Toleranz, die schon früher ihren Niederschlag im Artikel 188 der Frankfurter Nationalversammlung von 1849 gefunden hatte, ist nun aber im national-liberalen Staatsgedanken kaum mehr verankert. Der Staat wird hier, mindestens auf dem nationalen Felde, nicht mehr als Ausgleichsmacht verstanden, sondern er ist der Schöpfer der einheitlichen Nation, überall da, wo es notwendig ist, auch mit den Mitteln der Gewalt. Er ist der Schöpfer auch der einheitlichen Nationalsprache. Dies ist die Rolle, die er in den 60er Jahren bereits in Ungarn und in Rußland erhält, jetzt auch in Preußen-Deutschland. So geht auch die Theorie des Liberalismus dazu über, die Entnationalisierung zu begründen, ja zu fordern, wie das vor allem der liberale Publizist Konstantin Rössler tat und wie wir es auch bei Heinrich von Treitschke lesen können. Die Sprach- und Nationalitätenpolitik im preußisch-deutschen Nationalstaat ist dieser Aufforderung gefolgt, wie sich in seiner Gesetzgebung und Praxis seit den 70er Jahren verfolgen läßt. Der Grundtenor der vom Liberalismus und der von den Konservativen getragenen Sprachpolitik

in Preußen-Deutschland ist der Anspruch des Nationalstaates, die deutsche Sprache als die Sprache des Staates in der Öffentlichkeit zu verankern und neben ihr den Sprachen der nicht deutsch sprechenden Bevölkerung höchstens zeitlich befristete und lokal begrenzte Ausnahmegenehmigungen, niemals aber Gleichberechtigung zu erteilen, oder sie höchstens in der nichtamtlichen Sphäre als Volkssprachen zu dulden. Dahinter standen der Glaube und Wille, die Staatssprache schließlich zur allein herrschenden machen zu können. „Jedes gesunde Staatsvolk“, so lesen wir in einer der Sprachpolitik der Zeit gewidmeten Schrift, „jeder gesunde Volksstaat muß wollen, daß seine Volkssprache die Staatssprache und seine Staatssprache die Volkssprache ist.“ Dieses System lief im letzten darauf hinaus, die Staatsnation schließlich zur Sprachnation umzuschaffen und ging damit weit über die noch in der Bismarckzeit lebendige Idee hinaus, das Polentum in eine preußische Staatsnation einzuschmelzen. Es sollte durch sprachliche Germanisierung in die deutsche Nation einverleibt werden.

Diese Politik nun, so offensiv sie sich gab, wurde doch aus einer im letzten defensiven Hal-

seinen Konsequenzen zu konstituieren. Der Bonner Staatsrechtler und preußische Kronsyndikus Philipp Zorn gab in einem Aufsatz von 1902 über die deutsche Staatssprache dieser Theorie Ausdruck und entwickelte aus ihr das Sprachenrecht des Nationalstaates. Er ging aus von dem allgemeinen Rechtsgrundsatz, das Schweigen der deutschen und preußischen Verfassungsurkunden über die Sprachenfrage beruhe auf der Voraussetzung, daß im preußischen und deutschen Staate die deutsche Sprache allein die Staatssprache sei. Werde auch die Sprache des Privatlebens vom Staat freigelassen, so stehe doch alles, was in die Sphäre des öffentlichen Lebens, in Staat und politische Gemeinde reiche, unter der Herrschaft der deutschen Sprache. Damit wird die totale Geltung der Nationalsprache im Nationalstaat gefordert, die Sprachpolitik wird geradezu zur Selbstbestätigung des Nationalstaates und zu einem seiner wirksamsten Kampfinstrumente, um die politische Tätigkeit anderssprachiger Gruppen zu unterdrücken. Lediglich, und das muß man hier ausdrücklich hinzusetzen, die tolerante Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichts hat es verhindert, daß daraus die letzten Konsequenzen gezogen werden konnten.

Wir fassen einige Ergebnisse zusammen: Die Sprachpolitik des deutschen Nationalstaates und in ihm Preußen als seines politischen Kerns, war, wie sich in vielen einzelnen Aktionen nachweisen ließe, durch den Willen bestimmt, der deutschen Sprache volle Geltung im ganzen öffentlichen Bereich zu verschaffen. Dieser Wille reichte bei den radikalsten Verfechtern national-deutscher Politik bis zur vollen Durchsetzung der Staatssprache auch als einziger Volkssprache im Deutschen Reich, also bis zur vollen sprachlichen Assimilation, der vor allem die Schule zu dienen hatte. Hans Delbrück hat schon im Jahre 1894 darauf hingewiesen, daß diese Politik verfehlt war. Der Eifer, den Polen die deutsche Sprache beizubringen und die Deutschen vom Polnischen abzuhalten, habe, so meinte er, nur dazu geführt, die Polen zweisprachig zu machen und ihnen dadurch wirtschaftlich vor den Deutschen einen Vorsprung zu geben. Dies war sozusagen das Dilemma der nationalstaatlichen Politik, die ausgezogen war, sich zu vollenden und sich nun einem kräftigeren Gegner gegenüber sah. Ihre strukturelle Schwäche lag darin, daß sie diesen Gegner in der Hauptsache mit staatlichen Waffen zu bekämpfen suchte und ihm auf dem gesellschaftspolitischen Boden in keiner Weise gewachsen war. Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat wurde sozusagen ein Anti-Körper im Nationalstaat, Symptom einer Störung, die durch das Eindringen eines Fremdstoffes hervorgerufen war. Nun hat die deutsche Innenpolitik im deutschen Kaiserreich immer etwas vom Bewußtsein des unvollendeten Nationalstaates in sich ge-

tragen, und zweifellos ergaben sich daraus manche ihrer Übereilungen und Überspannungen. Es war nun nicht die Nationalitätenfrage allein, die dieses Bewußtsein erzeugte, sondern

vielmehr ihr ständiges Ineinandergreifen mit den anderen inneren Krisen, mit dem Kulturkampf, der sozialen Frage und der Auseinandersetzung mit dem ostelbischen Agrariertum.

Wandlungen des deutschen Nationaldenkens

Es muß hier noch die Frage angefügt werden, wieweit sich dieses Bewußtsein des unvollendeten Nationalstaates auch nach außen gerichtet hat. Mit anderen Worten: kann man in der Zeit des Kaiserreiches von einer Fortsetzung großdeutscher Politik oder von Irredentismus in irgendeiner Form sprechen? In der westeuropäischen und teilweise auch amerikanischen Literatur wird eine ungebrochene Linie völkischer, d. h. großdeutscher, auf Sprache und Volkstum gegründeter Politik von Herder, mindestens aber auch von der Frankfurter Nationalversammlung bis zu Hitlers großdeutscher und national-imperialistischer Politik seit 1938 gezogen. Das Deutsche Reich von 1871 in seinem Charakter als begrenzter, ja sagen wir ruhig als amputierter Nationalstaat, die Entstehung einer vom Staate geprägten reichsdeutschen Nationsidee, die Bismarck'sche Politik des Eindämmens der Nationalbewegung auf das Reichsgebiet von 1871, all das fällt bei dieser Deutung unter den Tisch. Vielmehr erscheint die Kontinuität eines grenzenlosen Nationalismus im Lichte der Zeugnisse deutscher Publizistik, etwa eines Paul de Lagarde, manchmal eines mißverstandenen Konstantin Franz, in erster Linie aber des Alldeutschen Verbandes. Es ist zuzugeben, daß die deutsche Geschichtsforschung sich der Wandlungen des deutschen Nationaldenkens von der Bismarck'schen zur Wilhelminischen Epoche noch keineswegs mit dem nötigen Nachdruck angenommen hat, so daß seine verschlungenen Wege noch nicht endgültig abgeschritten werden können. Die Methoden der reinen Geistesgeschichte scheinen hier zu versagen. Es ist unmöglich, Bewußtseinsinhalte großer Gruppen und ganzer Nationen nach einzelnen literarischen Zitaten zu bestimmen. Man muß auch in untere Schichten eindringen, um die Tiefenströme in den Massen freizulegen; so müssen uns die Bedeutungsgehalte der politischen Gebrauchssprache interessieren und in ihr die Wandlungen von Worten wie deutsch, national, Nation und Nationalstaat.

Einiges davon läßt sich heute schon bestimmen. So bleibt der Untergang, das Verschwinden des alten Großdeutschtums nach 1866 und 1871 ein erstaunlicher Vorgang, zumal da das Echo der Reichsgründung unter den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen, namentlich in Österreich eben noch überwältigend gewesen war. Nach den großen Entscheidungen der beiden Nationalkriege erheben sich nur noch wenige Stimmen für den Gedanken, daß der deutsche Nationalstaat etwas Vorläufiges sei und in naher oder fernerer Zukunft durch den Zutritt der Deutsch-Österreicher abgerundet werden könnte. Treitschke hat dieser Stimmung in einem

Aufsatz der Preußischen Jahrbücher über „Österreich und das Deutsche Reich“ vom Dezember 1871 Ausdruck gegeben. „Wir Deutschen“ schreibt er hier, „haben das Nationalitätenprinzip niemals in dem rohen und übertreibenden Sinne verstanden, als ob alle Europäer deutscher Zunge unserem Staate angehören müßten. Wir betrachten es als ein Glück für den friedlichen Verkehr des Weltteils, daß die Grenzen der Nationen nicht gleichsam mit dem Messer in die Erdrinne eingegraben sind, daß noch Millionen Franzosen außerhalb Frankreich, Millionen Deutsche außerhalb des Deutschen Reiches leben. Wenn die heutige Lage in Mitteleuropa sich befestigt, wenn in der Mitte des Weltteils zwei große Kaiserreiche bestehen, das eine paritätisch und rein deutsch, das andere katholisch und vielsprachig, doch von deutscher Gesittung befruchtet, wer darf behaupten, daß ein solcher Zustand für den deutschen Nationalstolz demütigend sei?“ „Eine Zerstörung Österreichs“ — fährt er fort — „wäre ein Unglück auch für Deutschland, brähe sie herein, dann allerdings und nur dann müsse das Reich bereit und fertig sein, das Deutschtum an der Donau aus den Trümmern zu erretten.“ Diese Theorie der beiden mitteleuropäischen Reiche war die fast logische Folge der Ereignisse von 1866 bis 1871, also des Sieges der Idee vom starken Nationalstaat, der, weil er stark und weil er Macht sein will, auf die Vollendung des Nationalitätenprinzips verzichtet. Sie war weder großdeutsch, noch kleindeutsch im älteren Sinne, sondern will das Miteinander und das Gegeneinander der beiden großen Führungsmächte in ein bloßes Nebeneinander auflösen. Jeder großdeutsche Irredentismus soll gewissermaßen durch die Staatsräson der beiden Reiche eingedämmt und gebändigt werden. Darin lag der gleichgewichtspolitische Sinn der kleindeutschen Reichsgründung Bismarcks.

Aber konnte das nationale Bewußtsein in Deutschland auf die Dauer auf diesem Stande festgehalten werden? Seit den 80er, vollends seit den 90er Jahren stößt man auf neuartige dynamische, ja, aggressive Nationalbewegungen, die neben einem sich konsolidierenden reichsdeutschen Staatsbewußtsein hergehen. Sie haben mit dem alten Großdeutschtum und seiner Nationalidee nur wenig mehr gemein. Die Vorstellung vom unvollendeten Nationalstaat vertreten sie nicht mehr im Sinne des alten Nationalitätenprinzips, sondern im Sinne eines neueren, im Zeichen des Imperialismus gewachsenen nationalen Prestigegedankens. Das zu spät gekommene Deutschland müßte, so heißt es jetzt, den Vorsprung der anderen Weltvölker aufholen. Nur so könne es seine nationale Existenz erhalten.

Vermischung völkisch-nationaler und imperialistischer Ziele

Die eigenartige Vermischung völkisch-nationaler und imperialistischer Ziele, die darin steckt und die Hannah Arendt überhaupt als Kennzeichen für diese Epoche nachgewiesen hat, fand ihren sprechendsten Ausdruck im Alldeutschen Verband. Schon in seinem Gründungsauf-ruf von 1891 ist von der Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern die Rede, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und von der Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele. Der deutsche Imperialismus dieser Epoche ist nicht bloß die politische Außenseite einer ungeheuren wirtschaftlichen und industriellen Expansion, er hat vor allem auch eine nationale Wurzel. Die Vollendung des Nationalstaats wird nicht mehr im kontinentalen deutschen Volksraum gesucht, sondern in einer nationalen Prestigepolitik auf der ganzen Erde analog den Stimmungen in den meisten anderen europäischen Nationen. Es war zweifellos eine große geschichtliche Leistung der deutschen Nationalstaats-schöpfung von 1871 gewesen, daß sie den Deutschen ein selbst heute noch wirksames und zwar begrenztes Raumbild für ihr nationales Dasein gegeben hat. Im Nationalismus des Alldeutschtums ging dies jetzt verloren. Er überschreitet, wie es ebenfalls Hannah Arendt von den Panbewegungen dieser Zeit insgesamt gesagt hat, in seiner Expansionsschwärmerei alle geographischen Schranken einer bestimmten nationalen Gemeinschaft und wird gleichsam raum-

los. Am ehesten bei den österreichischen Alldeutschen sind seine großdeutschen Wurzeln noch erkennbar. Damit ist die beschränkende, mäßigende Funktion der Bismarck'schen Reichsgründung um ihren historischen Sinn gebracht worden, ohne daß wir damit die Frage schon beantwortet haben, wieweit hier geschichtlicher Zwang oder freie Entscheidung im Spiele waren. In einer Art Pseudomorphose wird der Reichsbegriff jetzt dazu mißbraucht, einen weltpolitischen Anspruch in der Ära des Imperialismus zu legitimieren.

Sicherlich ist die amtliche deutsche Politik der sich wandelnden Haltung in Kreisen der Nation nicht immer unmittelbar gefolgt. Aber sie steht doch auf dem schwankenden Untergrund unklarer nationaler Stimmungen, unsicher, manchmal hilflos, meist unstet in ihren Entscheidungen. Nur aus einer inneren Gebrochenheit des deutschen Nationalstaatsdenkens in der Phase des Imperialismus kann man es sich erklären, daß im Jahre 1914, nach dem Ausbruch des Krieges, die weltpolitischen Ziele der bisherigen Politik ohne sichtbare Bedenken aufgegeben wurden und an ihre Stelle nun Ziele einer kontinentalen Expansion traten, die mit der Stabilisierung deutscher Sicherheit begründet wurden. Die erschreckende Unsicherheit in der Erkenntnis der Lebensgesetze des deutschen Nationalstaates setzt sich dann fort in der Diskussion der deutschen Kriegsziele, mit der als neues Element nun allerdings zum ersten Male auch ein übernationales Reichsdenken erscheint.

Treten wir mit solchen Maßstäben an das Deutsche Reich von 1871 heran, so tut sich wieder ein tiefer Zwiespalt auf. Ich will die Problematik der Flagge und auch des Nationalfeiertags nur kurz im Vorbeigehen berühren. Das neue Reich schafft sich eine Tricolore, aber es ist nicht die Tricolore der deutschen Revolution von 1848, sondern eine künstlich geschaffene, in der die Farben des Hegemonialstaates Preußen dominieren. Während die Farben Schwarz-Rot-Gold zuerst weniger als Farben der deutschen Demokratie als vielmehr der großdeutschen Bewegung außerhalb der Reichsgrenzen fortleben, wächst die Integrationskraft der neuen Flagge sichtbar erst mit dem Entstehen der deutschen Flotte. Erst durch einen kaiserlichen Erlass von 1892 wurde sie in aller Form zur Nationalflagge erklärt. Ihre Einfügung in die Reichsverfassung von 1871 stand noch ganz im Zeichen nüchterner Zweckbestimmtheit. Sie wird im Art. 55 des Abschnitts „Marine und Schifffahrt“ ausgesprochen mit ausdrücklicher Begrenzung auf die Kriegs- und Handelsmarine. Das sticht ab von den Verfassungen der meisten im 19. Jahrhundert entstandenen Nationalstaaten, in denen der Flaggenartikel in der Regel unter den allgemeinen Bestimmungen oder in einem eigenen Abschnitt über die politischen Symbole erscheint. Für Bismarck indessen kam es darauf an, die neue Flagge nur in dem Rahmen erscheinen zu lassen, in dem sie als juristisch unerläßlicher Ausdruck der Staatlichkeit des neuen Bundes dienen mußte, d. h. also im Seerecht. Die Symbole der Einzelstaaten, vor allem Preußens konnte er nicht verdrängen wollen. Ähnliche Rücksichten haben wohl auch die Zurückhaltung der offiziellen Reichspolitik in der Frage eines Nationalfeiertags bestimmt. Die Feier des Sedan-Tags wurde zuerst durch eine spontane Aktion nationaler Kreise unter Führung des Pastors von Bodelschwingh gegenüber dem Widerspruch vieler Männer, unter anderen auch des Bischofs Ketteler z. B., schon im Jahre 1871 eingeführt und ist dann später immer wieder zu einer Kraftprobe zwischen sogenannten Reichsfreunden und Reichsfeinden geworden, weswegen z. B. Theodor Mommsen für seine Abschaffung eintrat. Sie hatte ihre Bedeutung für das nationalstaatliche Bewußtsein, konnte aber den Riß in der Nation, der sich seit dem Kulturkampf und dem Sozialistengesetz aufgetan hatte, nicht überwinden. Eine Nationalhymne hat das Kaiserreich nicht besessen. Das Deutschlandlied Hoffmanns von Fallersleben ist erst im Jahre 1922 durch den Reichspräsidenten Ebert dazu bestimmt worden.

Nationale Symbole und politischer Stil

Als letzte Aufgabe bleibt uns noch der Versuch, die nationalstaatliche Politik des Reiches an Hand ihrer Symbole und ihres politischen Stils zu analysieren. Percy Ernst Schramm hat für die mittelalterliche Geschichte die Lehre von den Herrschaftszeichen zu einem eigenen Zweig der Geschichtswissenschaft entwickelt. Für die neueste europäische Geschichte, für die Epoche, die wir allgemein als die der Nationaldemokratie bezeichnen können, fehlen zu diesem Thema noch fast alle systematischen Untersuchungen. Und doch ist uns allen gegenwärtig, in welchem hohem Grade der moderne Nationalstaat einen politischen Stil mit einer eigenen Symbolik geschaffen hat. Dieser Stil ist durch die große Französische Revolution und in einigen Punkten schon durch die Amerikanische geprägt worden. In den USA wird die Verfassung z. B. nicht nur als ein Kodex von politischen Normen und Werten, sondern als ein Symbol verehrt. Ihre Integrität wird bis zum heutigen Tage nicht nur wegen ihrer manchmal problematisch werdenden praktischen Brauchbarkeit, sondern eben auch wegen ihrer nationalen Integrationskraft bewahrt. Die Französische Revolution ist es dann, die die Symbole der nationalen Demokratie im einzelnen hervorbringt: die Nationalhymne z. B., die Nationalfeiertage, von

denen im Art. 12 der Verfassung von 1791 ausdrücklich die Rede ist als von einem Mittel, die Erinnerung an die Französische Revolution zu erhalten und die Anhänglichkeit der Bürger an die Verfassung, das Vaterland und die Gesetze zu erzeugen, („les attacher à la constitution, à la patrie et au loi“): Dann die nationale Flagge, die Tricolore, die auf alle heraldischen Zeichen verzichtet, schließlich die nationalen Denkmäler, mit denen uns das 19. Jahrhundert in so reicher Fülle gesegnet hat. Diese Symbole sind und sollen sein ständige Stimulantia, um das nationale Bewußtsein zu erregen, ja geradezu zu erzeugen, während die höfische Symbolik des monarchischen Fürstenstaates entweder wie im Barock große Selbstdarstellung, oder wie in militärischen Monarchien à la Preußen Machtdemonstration sein will.

Der Name von Kaiser und Reich

Dies alles ist für die Erkundung des deutschen Nationalstaatsproblems beachtlich. Gleichwohl führt uns aber erst die Frage nach dem Namen von Kaiser und Reich in den Kern der Sache. Die Wiederaufnahme der Begriffe des mittelalterlichen Imperiums in die Gedanken-

welt und den Wortschatz der deutschen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts ist ein Erbe des älteren deutschen Nationaldenkens zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Von hier aus sind sie in die Verfassungsberatungen der Frankfurter Nationalversammlung und deren Ver-

fassungsentwurf von 1849 gelangt. Schon hier war nach dem Sieg der Erbkaiseridee und damit der Entscheidung für Preußen die Universalität des alten Kaisergedankens und Reichsgedankens verblaßt zur Benennung der Zentralgewalt in einem bundesstaatlichen Gefüge von Monarchien. Eben daran hat Bismarck anknüpfen wollen. Nicht nur, daß er stärker als viele Anhänger der liberalen Nationalpolitik die Faszination erkannte, die von dem Kaisertitel namentlich auf Süddeutschland, als werbendes Element für Einheit und Zentralisation, wie er einmal sagte, ausging. Für ihn war dieser Titel ein geeignetes Mittel, die preußische Hegemonie im monarchischen Bundesstaat für die widerstrebenden Fürsten im Süden erträglich zu machen. So lesen wir noch in den „Gedanken und Erinnerungen“: Preußische Autorität innerhalb der Grenze ausgeübt, sei neu und werde die bayerischen Empfindungen verletzen. Ein deutscher Kaiser aber sei nicht der im Stamme verschiedene Nachbar Bayerns, sondern der Landsmann. Der König von Bayern könne die der Autorität des Präsidiums zu gewährenden Konzessionen schicklicher Weise nur einem deutschen Kaiser, nicht einem König von Preußen, machen. Aus dem gleichen Grunde setzte Bismarck schließlich bei seinem widerstrebenden König den Namen Deutscher Kaiser statt Kaiser von Deutschland durch, weil mit diesem letzten der Anspruch auf eine unmittelbare Gebiets Herrschaft verbunden gewesen wäre.

Es ist hinreichend bekannt, wie sehr nicht nur der altpreußische Sinn König Wilhelms sondern auch weiter Kreise mit preußisch-konservativer Gesinnung dem Kaisertitel abgeneigt waren. Weniger bekannt ist die Abneigung, die aus den Reihen des nationalen Liberalismus kam. Sie wird verständlich, wenn man sich der großen wissenschaftlichen und zugleich politischen Auseinandersetzungen erinnert, die ein Jahrzehnt vor der Reichsgründung um die mittelalterliche Kaiserpolitik zwischen Heinrich von Sybel und Julius Ficker, unter Anteilnahme der Bildungsschichten der ganzen Nation, geführt worden waren. Es mußte wie geschichtliche Ironie wirken, daß die gleichen Männer, die der mittelalterlichen Kaiser- und Reichspolitik jeden Sinn absprachen, nun mitwirkten, ein neues Reich mit einem neuen Kaisertum aus der Taufe zu heben. Namentlich Gustav Freytag hat sich zum Sprecher solcher Empfindungen gemacht und ist deshalb für den Namen König der Deutschen eingetreten. Aber auch andere liberale Historiker — Sybel, Treitschke, Droysen — verhehlten nicht ihr tiefes Unbehagen. Es bedurfte nicht erst der beißenden Kritik großdeutscher Organe, z. B. der Historisch-Politischen Blätter in München, an dem unaufhebbaren Widerspruch von liberalem Nationalismus und Reich, das sich höchstens als deutscher Kaiserstaat bezeichnen dürfe. Die National-Liberalen selbst waren sich bewußt, hier ein Stück großdeutscher universalen Tradition zu übernehmen. „Ich fürchte“, so schrieb der Historiker Max Duncker „den Prunk und das Zeremoniell, das sich daran hängen wird, ich fürchte das Großdeutschtum, das darin liegt, und möchte sehr

gerne das Kaiserwesen und das Kaiserlich-Königliche den Österreichern überlassen. Der Titel ruft alle Irrwege unserer Nation ins Gedächtnis und nimmt den preußischen Bauern unseren König.“ Es ist übrigens sehr merkwürdig, daß man in Wien im Winter 1870/71 auf das neue Kaisertum überhaupt nicht reagiert hat. Es läßt sich nicht der geringste Anhaltspunkt dafür finden, daß die österreichische Politik überhaupt den Gedanken erwog, gegen die neue Kaiserwürde Einwendungen zu erheben. Als die Namen Kaiser und Reich schließlich in der Verfassung verankert waren, bemühten sich die National-Liberalen in der überwiegenden Mehrzahl, die Kontinuität mit dem Heiligen Römischen Reich zu leugnen und die alt-neuen Namen in rein national-staatlichem Sinne zu interpretieren. Kaum eine Darlegung der staatsrechtlichen Stellung des Kaisertums, in der nicht

nachdrücklich die Verbindung in der Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 selbst angeklungen war. „Dieser angebliche geschichtliche Zusammenhang“, meinte der bekannte Jurist Karl Binding, „zwischen dem neuen und dem alten Reiche ist mir gerade so unheimlich wie der angebliche Zusammenhang zwischen dem mittelalterlichen Kaisertum und den Caesaren des römischen Weltreiches. Das alte Reich und der alte Kaiser sind tot, und Gott gebe ihnen keine gnädige Auferstehung, denn sie verdienen sie nicht, und uns brächte sie Unheil.“

Nur Treitschke suchte die Problematik dieses unhistorischen Historismus zu überwinden und trotz allem die geschichtlichen Anknüpfungen verständlich zu machen. Er brachte diese auf die sehr vereinfachende Formel: „Das alte Reich war die zerfallende, das neue Reich ist die werdende nationale Monarchie“.

Das neue Reich und die christlichen Konfessionen

Im hochpolitischen Zusammenhang ist nun die geschichtliche Stellung des neuen Reiches zum alten bereits in der ersten Adressdebatte des neuen deutschen Reichstages im Frühjahr 1871 leidenschaftlich diskutiert worden. In dieser Debatte, die geradezu wie eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Fehde zwischen den Historikern Sybel und Ficker wirkte, versuchten die Abgeordneten des Zentrums, der Adresse des Reichstages an den Kaiser eine Form zu geben, die eine Intervention des Reiches zugunsten des Papsttums nach der Annexion des Kirchenstaates durch den neuen italienischen Nationalstaat nicht völlig ausschloß. Die National-Liberalen antworteten mit einer aus dem Wesen des sich selbst beschränkenden Nationalstaats gefolgerten strikten Nicht-Interventionstheorie und beschworen die mit dem Namen von Kaiser und Reich, wie Bennigsen sagte, auftauchende Erinnerung an die alten Kämpfe und furchtbaren Gegensätze zwischen Kaiser und Papst, die fortdauernden verwüstenden Einfälle, die eine ungemessene Folge blühender Geschlechter deutscher Jugend gezwungen hat, ihr

Leben zu lassen in italienischen Gefilden mit allem Verderben, welches dadurch für das äußere und innere Leben des italienischen wie des deutschen Volkes entstanden ist.

Doch verbarg sich in diesen historischen Reminiszenzen ein höchst aktueller Bezug, der bereits auf den heraufziehenden Kulturkampf verweist. Es ging um die Frage, wie das neue Reich sich zu den christlichen Konfessionen verhalten werde, nachdem der Protestantismus zur Mehrheit, der Katholizismus zur Minderheit in Kleindeutschland geworden war. Wenn im nationalen Liberalismus das Wort vom evangelischen Kaisertum gesprochen wurde, so sollte damit unzweifelhaft auch sein innerer Charakter bestimmt werden. Extreme Richtungen gingen bis zur Forderung eines idealistischen Staatsprotestantismus, einer Staatskirche über den Konfessionen, wie sie etwa bei Konstantin Rössler oder Paul de Lagarde erscheinen. Es kam gerade an dieser Stelle alles darauf an, ob für die Zukunft aus der Tradition des alten Reiches seit 1648 nicht wenigstens der Gedanke der Parität gerettet werden konnte.

Bundespräsident oder souveräner Monarch ?

Was hat nun schließlich, so müssen wir zuletzt noch fragen, der Kaiser im deutschen Nationalstaat bedeutet? Was ist aus der Wiederaufnahme des alten Namens unter den neuen politischen, sozialen und internationalen Verhältnissen nun tatsächlich geworden? Die rechtliche Stellung des Kaisers im Reiche ließ der staatsrechtlichen Interpretation manchen Spielraum und war jedenfalls nicht einfach mit dem normalen Maß des konstitutionellen Verfassungsrechtes des 19. Jahrhunderts zu messen. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß der Kaiser weder souveräner Monarch des Reiches noch sein Präsident war. „Er kann nicht Beamter sein wie der Präsident einer Republik, weil er Mitsouverän ist, und er kann nicht Mo-

narch sein, weil er nicht alleiniger Souverän ist.“ So hat es der führende Staatsrechtler des Reiches, Paul Laband, formuliert. Auf der anderen Seite kann der Kaiser auch nicht einfach als einer unter den vielen Gliedern des Kollektiv-Souveräns der Fürsten und freien Städte bezeichnet werden, dessen Organ der Bundesrat gewesen ist. Er hat vielmehr besondere Rechte, die zum Teil aus seiner Stellung als Inhaber des Bundespräsidiums, zum anderen aber, was oft übersehen wird, aus der des Bundesfeldherrn fließen und ihm eine Machtfülle ähnlich der eines Monarchen verliehen. So nennt der Kaiser den Reichskanzler wie ein Souverän und entläßt ihn, wenschon er dies im Namen des Reichs und in Ausübung seiner Rechte als Inhaber des Bundespräsidiums tut.

Kein bleibender Einklang zwischen Nation und Kaisertum

Dieses komplizierte System des monarchischen Bundesstaates ist im Kreise der Reichsjuristen im einzelnen umstritten gewesen. In der politischen Öffentlichkeit Deutschlands und gar noch des Auslands wurde es nicht verstanden. Wohl gerade wegen seiner Verwickeltheit verleitete es dazu, alle staatsrechtlichen Hürden zu überspringen und im Kaiser einfach den Reichsmonarch, „das sichtbare Symbol der nationalen Einheit der politischen Machtstellung Deutschlands zu sehen.“ So schrieb es Paul Laband in einem Aufsatz von 1907 über die geschichtliche Entwicklung der Reichsverfassung und fügte hinzu, für die naive Auffassung des Volkes gebe es kein Deutsches Reich ohne Deutschen Kaiser und keine Klausel der Verfassung, keine staatsrechtliche Beweisführung sei imstande, dem Volke den Glauben zu nehmen, daß ein Reich ohne Kaiser ein politischer Rumpf ohne Haupt wäre. *„Alles, was im Herzen der Nation an heiligen Gefühlen der Vaterlandsliebe glüht, was das Volk an patriotischer Hingebung und Opferbereitschaft, an nationalem Stolz und zuversichtlichem Vertrauen zu seiner staatlichen Ordnung besitzt, das erhebt sich von dem Boden objektiver juristischer Betrachtung und gewinnt den Charakter tief empfundener Liebe und Ehrfurcht gegen den Kaiser als das Oberhaupt und den Führer des Volkes. Das Volk jubelt und jauchzt dem Kaiser zu, dem Bundespräsidium würde es keine Ehrenportalen bauen.“* Diese Sätze, geschrieben in der Ära des sogenannten persönlichen Regiments Wilhelm II. im Jahre vor dessen Krise in der „Daily Telegraph“-Affaire wirken fast wie eine Selbstabdankung des Staatsrechts vor der Macht populärer Stimmungen. Sie zeigen die Gefährlichkeit einer Verfassungsordnung, die mindestens die Schranken nicht deutlich genug bezeichnet, die zwischen dem Kaiser als nationalstaatlichem Symbol und dem Kaiser als unbeschränktem Führungsorgan des Reiches bestanden. Gerade dies mußte für einen Monarchen wie Wilhelm II. verhängnisvoll werden, der sich über die rechtlichen Grundlagen seiner Macht nie Gedanken machte und sich gerührt haben soll, daß er die Verfassung nicht kenne und sie nie gelesen habe. So wenig wie im Begriff des persönlichen Regiments die politische Wirklichkeit der Ära Wilhelms II. ganz getroffen wird, so sicher ist es doch, daß selbst die Fiktion einer persönlichen Herrschaft nur in einem im letzten nicht ausgeglichenen Verfassungssystem gedeihen konnte. Wilhelm II. ging offensichtlich von der Unmöglichkeit aus, das Kaisertum lediglich als traditionales Symbol des Nationalstaats aufrecht erhalten zu können. So schien er es in seinen Anfängen durch die Verbindung mit dem vierten Stand zu einem sozialen Kaisertum umformen zu wollen, wie er später den Reichsbegriff zur Weltreichsidee erweiterte. Dies alles geschah jedoch ohne letzten Ernst und mit einem erschreckenden Dilletantismus, aber auch mindestens seit 1908, seit den Erschütterungen der

„Daily Telegraph“-Krise mit einem unheilvollen Schwanken zwischen maßloser Selbstüberschätzung und tiefem Unglauben an sich selbst.

Die Nation stand dieser Selbsterhöhung des Kaisertums, der ein Beitrag ihrer Selbsterstörung werden sollte, trotz vieler Äußerungen byzantinischer Bewunderung im ganzen doch mit wachsender Kritik, z. T. mit Bestürzung und Empörung gegenüber, wie sich in den kritischen Wochen des Jahres 1908 zeigen sollte. Aber selbst damals ist der Wille, das Steuer der Verfassungspolitik herumzureißen, vorzeitig erlahmt. Weder verfassungsrechtlich noch politisch-soziologisch ist der Einklang zwischen der Nation und dem Kaisertum, der unter Wilhelm I. bestanden hatte, wiederhergestellt worden. Darüber kann auch der kurze Moment des August 1914 nicht hinwegtäuschen.

Die tiefsten Gründe dafür liegen nun allerdings nicht nur in der Person des letzten Kaisers, sondern in der Auseinanderentwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verfassung. Diesen verhängnisvollen Prozeß hatte

Gab es Symptome einer allmählichen Gesundung?

Diese Zuordnung ist im Ganzen nicht glücklich. Vor allem sind die notwendigen verfassungsrechtlichen Konsequenzen in der Frage der Parlamentarisierung der Reichsverfassung oder des preußischen Wahlrechts nicht gezogen worden. Immerhin wurde das Reich als Nationalstaat in den Jahren, bevor die große Lebenskrise des Krieges ausbrach, sicherlich von breiteren Schichten innerlich getragen als zuvor. Die sozialistische Arbeitnehmerschaft wuchs fast unmerklich in die Reichsnation hinein, die durch das Zentrum politisch vertretenen katholischen Volksteile wirkten längst am inneren und äußeren Ausbau des Reiches mit, soweit sie in Preußen lebten, fanden sie im Reichsgedanken sogar einen Anhalt, um Preußen durch ihn zu überwinden. In einem großartigen Überblick über Reich und Nation seit 1871, der in den Jahren des Krieges erschien, glaubte Friedrich Meinecke sogar von Symptomen einer Gesundung sprechen zu können, die sich unter der Decke der offiziellen Politik zeige. *„Das Revidieren alter Programme, das Um- und Neulernen war überall im Gange und während die Parteien in ihrem Handel sich oft ganz hart und unbiegsam zeigten, spannen sich in ihrem Denken mannigfaltige neue Fäden von einer zur anderen.“* Aber immer noch fehlte der Nation das innere Gleichgewicht. Ihr Nationalbewußtsein schwankte zwischen der Beschränkung auf den Nationalstaat und auf die inzwischen zur Selbstverständlichkeit gewordene Staats- und Reichsnation und auf der anderen Seite einem ziellosen, in die Ferne schweifenden Nationaldenken, das die Begleitmusik zur Weltpolitik des Reiches bildete.

Friedrich Naumann vor Augen, als er im Jahre 1900 seine Schrift „Demokratie und Kaisertum“ veröffentlichte, wohl den bedeutendsten geistigen Versuch, das Kaisertum für den sich wandelnden Nationalstaat zu retten. Er knüpfte an das plebiszitäre Element des deutschen Kaisertums an, an das, was man unter Napoleon II. Caesarismus genannt hatte und wollte den Kaiser zum Führer aus einer alten, agrarisch-feudal bestimmten in eine neue industriell-soziale Zeit machen. Es ist bezeichnend, daß diese große Zeitanalyse bei den sozialen Problemen des Nationalstaates endete und diese in einen großen Zusammenhang mit Weltmachtpolitik, industrieller Expansion und caesaristischer Diktatur stellte. Darin mußte vieles, fast alles wie eine grandiose Utopie wirken. Unleugbar waren aber die entscheidenden Probleme in den Blick gerückt, das Kaisertum nicht mehr als Symbol sondern als Träger der politischen Macht des Nationalstaats und die industrielle Revolution als die stärkste wirtschaftlich-soziale Macht sollten einander zugeordnet werden.

Es hingen also weiterhin tiefe Wolken über dem nationalen Reich der Deutschen. Aber wen wie uns die Bilder der jüngsten Vergangenheit bedrängen, der ist gegen die Gefahr gefeit, nur auf die Wolken und ihre Schatten zu starren. Erst vom Ende des Reiches her hat sich dieser Blick auf das, was in ihm an geschichtlicher Lebenskraft steckte, geöffnet. So war die Staatsgesinnung derer, die zuvor als Reichsfeinde denunziert worden waren, beim Neuanfang von 1918/19 ein Stück des aus dem Kaiserreich überkommenen Erbes. Ob der Untergang des Kaisertums als Symbol der nationalen Einheit, als ein reiner Segen angesehen werden darf, haben schon westeuropäische Staatsmänner wie Churchill unter dem Eindruck der Ereignisse nach 1933 bezweifelt. Fraglich bleibt auch, ob die im Jahre 1919 geschaffene Lösung der Nationalitätenprobleme, nicht zuletzt auch der deutschen, auf die europäische Ordnung stabilisierend gewirkt hat. Mit den nach 1918 auftretenden sozialen Problemen ist die Republik keineswegs in jeder Hinsicht besser fertig geworden als das Kaiserreich mit den seinigen, was einiges zu ihrem Untergang beigetragen hat. Wir sollten, alles in allem genommen, einem so schicksalsträchtigen Abschnitt unserer Geschichte gegenüber, wie dem von 1871 bis 1918, die wahre Kunst der Historie erlernen, den politischen Sinn durch kritisch geprüfte Anschauung der historischen Wirklichkeit zu bilden. Darin liegt auch heute noch der tiefste Bildungswert der Geschichte.

Anmerkung:

Theodor Schieder, Dr. phil., o. Prof. für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Köln. Geb. 11. April 1908, Öttingen/Schwaben.

LUDWIG DEHIO

Preußisch-deutsche Geschichte 1640-1945

Dauer im Wechsel

Nachstehend wird der Text eines auf der Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am 28. Mai 1960 in Würzburg gehaltenen Vortrages veröffentlicht. Von der Vortragsreihe dieser Tagung hat die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ auch den Beitrag von Prof. Dr. Schieder, „Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat“ übernommen. Die Redaktion ist prinzipiell bereit, auch noch andere Arbeiten zu diesem Thema zu veröffentlichen.

Friedrich d. Große, Bismarck, Hitler - eine Kontinuität?

Die Katastrophe von 1945 hat nicht nur unser bisheriges politisches Dasein zerbrochen, sondern auch seine Rückspiegelung in unserem historischen Selbstverständnis. Hat sie uns doch vor die beängstigende Frage gestellt: inwiefern hängt das Dritte Reich, eben noch unsere Gegenwart, zusammen mit der Geschichte des zweiten und ersten?

Elementares Selbstgefühl fordert Zurückweisung und fühlt sich in ihr nur bestärkt durch die simple These ausländischer Anklage: Hitler, Bismarck, Friedrich der Große seien ja doch nur Glieder einer und derselben Kette und gefertigt aus dem nämlichen Metalle. Aus dem Munde ehrenwerter deutscher Historiker vernehmen wir die Gegenthese: Es handle sich bei den Genannten doch eigentlich nur um individuelle Einzelerscheinungen, die untereinander kaum zusammenhängen, zudem zum Teil in ihrer Bedeutung auch übertrieben würden. So sei Friedrich II. gar nicht der „Einzig“ gewesen, sondern schließlich doch nur ein Kind seiner Zeit. Auch reiche seine Wirkung gar nicht über das ancien régime hinaus, das er abschlosse. Und der angeblich von ihm und seinem Vater geschaffene Militarismus entstamme in Wahrheit der französischen Revolution. Es gebe keinen Weg von Friedrich zu Bismarck oder gar von diesem zu Ludendorff und Hitler. Kurz, diese Auflösung bisher geglaubter historischer Zusammenhänge erlaubt auch das Dritte Reich als eine zusammenhanglose Einzelerscheinung zu kennzeichnen — eine sehr erwünschte Erlaubnis!

Wird sich nun aber mit solchen Thesen und Gegenthesen auf die Dauer eine Geschichtsbeurteilung beruhigen können, die die Schockwirkung, die von Hitler ausgeht, zu überwinden

strebt? Wird sie nicht sowohl von Anklage wie von Verteidigung zwar zu lernen suchen, aber um etwas drittes zu schaffen: ein ausgeglichenes Bild und deswegen doch kein verschwommenes? Sie wird dabei irgendeine Art von Kontinuität vom alten Preußen über Bismarck zu Hitler als *petitio principii* voraussetzen müssen; als gegeben durch die Logik jeder Geschichte. Das heißt

aber noch nicht, daß solche Kontinuität simplifiziert und verabsolutiert werden dürfe! Es käme vielmehr darauf an, sie herauszupräparieren als eine Komponente neben anderen.

Und ferner: es genügt dabei nicht deutsche Nabelschau; es wird obendrein erfordert: fortlaufender Vergleich mit anderen Mächten. Erst dadurch lernten wir zu unterscheiden das allen Gemeinsame und jeweils Zeitgemäße von unserem Besonderen, unserem Einmaligen!

Preußens vehementes Wachstum

Was war dieses Einmalige aber in der preußisch-deutschen Entwicklung 1640—1945? Es erweist sich für den vergleichenden Blick schon ganz äußerlich als jene Wachstumsdynamik, die in kaum drei Jahrhunderten im nüchternen Tageslichte der späteren Neuzeit, ausgehend von einem armseligen Winkel am Rande, die kleindeutsche Nation geformt hat und dann auch für einen fatalen Augenblick die großdeutsche, eine Dynamik, die den Weg der europäischen Hegemonie eingeschlagen hat, ja der Welthegeemonie.

Vergegenwärtigen wir uns dies Wachstum mit einigen Zahlen, wenigstens was die Bevölkerung angeht. 1640 hatte Brandenburg-Preußen noch nicht eine Million Einwohner, 1688 erst anderthalb Millionen und zwar in Streulage, während das kompakte strahlende Frankreich Ludwigs XIV. über 20 Millionen Einwohner umschloß. 1740 verdoppelte die Eroberung Schlesiens bereits auf einen einzigen Schlag die Bevölkerung des zusammenhängenden Kerns des Staates, Mark, Pommern, Magdeburg, und verlieh ihr einen Zuwachs, der sich der Einwohnerschaft ganz Kursachsens näherte, eine Feststellung, die über die Bedeutung des Jahres 1740 mehr aussagt als moralische Erörterungen. Am Ende des ancien régime

aber war sie auf über 10 Millionen angestiegen, d. h. sie hatte sich in anderthalb Jahrhunderten verzehnfacht. Dann folgte der neue große Ruck 1866—1870, durch direkte Expansion wie erst recht durch indirekte, mit dem Ergebnis, daß Frankreich sich an Volkszahl überflügelt sah von dem Zweiten Reiche, das doch nichts anderes als ein großpreußisches Hegemonialreich war.

Bietet die europäische Geschichte in den entsprechenden Abschnitten der Neuzeit auch nur rein äußerlich Vergleichbares? Lassen wir die fremdartig überseeische Expansion beiseite, so könnten allenfalls als Staaten eminenten kriegerischen Wachstums auf dem Kontinent herangezogen werden Rußland, Österreich, Schweden, Savoyen. Aber wie weit bleibt bei näherem Zusehen jeder von ihnen zurück hinter Preußens vehementer Vergrößerung. Ist doch die kompakte eurasische Masse schon des vorpetrinischen Rußlands gewaltiger als alle nachfolgenden Eroberungen in ihrer Summe. Ist doch Österreich auch schon vor Prinz Eugen ein imponierender und festgefügtter Länderkomplex. Ist doch Schweden mit Finnland schon vor seiner kriegerischen Ausbreitung an den gegenüberliegenden Küsten ausgezeichnet durch ein mächtiges Kerngebiet.

Ist doch Savoyen, relativ genaueste Parallele zu Preußen, weit langsamer aufgestiegen als dieses, um dann um so plötzlicher im italienischen Nationalstaate aufzugehen.

Gerade diese Vergleiche, je vielseitiger man ihnen nachsinnt, rücken die Potenz der preußischen Staatspersönlichkeit erst recht ins Licht. Die brandenburgische Ausgangsstellung erscheint dann völlig einzigartig durch ihre Armseligkeit — Stiefkind der Natur ohne Küste, Ströme, Gebirge, ohne Schätze auf der Erde oder unter ihr

—, demgemäß auch Stiefkind der Geschichte, spätes beschattetes koloniales Zwischenland ohne den Glanz einer alten Krone zwischen begünstigteren politischen Bildungen — endlich auch Stiefkind in völkischer Beziehung ohne homogenes hochwertiges Menschentum, wie es gemeinhin den Rohstoff bedeutender Geschichte abgibt. Die späte und lose Verbindung mit dem fernen Herzogtum Preußen, das von Polen zu Lehen ging, unterstrich nur die Problematik des schwankenden Staatswesens.

Das alles gilt für Preußen im eminenten Sinne. Friedrich II. urteilte: „Kleine Staaten seien den größten gewachsen, wenn sie sich nur keine Mühe verdrießen ließen.“

Freilich ist dieser künstliche Staat, den die besessene Anstrengung dreier Regenten aus dem Nichts geschaffen hat, auch immer wieder in Gefahr, in das Nichts zurückzusinken, eine Gefahr, die keine andere Macht dieser Rangklasse in gleichem Maße kannte. Und gerade der größte der drei Regenten ist dem Abgrunde am nächsten gekommen durch sein schlesisches Abenteuer. Denn nur durch irrationale Kühnheit konnte der sonst so rationale Staat in drei Kriegen zu einer Art fragwürdiger Großmacht emporsteigen! Gleichviel, die Tollkühnheit war nun einmal geglückt und die Erinnerung an sie sollte sich immer wieder melden in allen extremen Lagen dieses an sich schon extremen Systems — bis in die letzten Tage und Stunden seines Funktionierens 1945.

Doch belegen wir dieses Funktionieren für die Zeit des ancien régime noch durch einige weitere Zahlen, die den inneren Kern des Ganzen bloßlegen, nämlich die Rüstung.

Beim Tode des Soldatenkönigs 1740 war Preußen seinen Einwohnern nach erst der 13. Staat Europas, seiner Rüstung nach jedoch bereits der vierte, wenn nicht gar der dritte. Friedrich Wilhelm I. hatte eine Armee von 38 000 Mann geerbt, die sein Vater nur mit Hilfe fremder Subsidien zu unterhalten vermochte. Aber er hinterließ 84 000 Mann, die das arme Land finanziell ganz aus eigenem trug, deren Rekrutierung seine Möglichkeiten aber fast um das Doppelte überstieg. Hätte Österreich im ähnlichen Maßstabe gerüstet, es hätte 1740 eine Armee von 600 000 Mann unter Waffen gehabt, Frankreich eine solche von 750 000 Mann, wobei aber nur die Bevölkerungsziffer beider Großmächte zugrunde gelegt ist, nicht der weit überlegene Wohlstand der österreichischen Untertanen und gar der französischen. Und doch verfügten diese Mächte in Wirklichkeit nur über Armeen, die zahlenmäßig der des kleinen Preußen nicht allzuweit überlegen waren, qualitätsmäßig aber entschieden unterlegen. Friedrich der Große hinterließ sodann seinem Nachfolger bereits 200 000 Soldaten, vielleicht mehr als das viermal so stark bevölkerte reiche Frankreich. Und diese 200 000 reichten selbst in der Hand eines so fragwürdigen Regenten, wie es Friedrich Wilhelm II. war, hin, um dem Staate die Riesenbeute der beiden letzten polnischen Teilungen zu sichern, die, gemessen an dem Umfang des preußischen Stammlandes, weitaus bedeutender war als der österreichische Anteil und selbst der russische. Erweiterte sie doch das Königreich um volle 50 Prozent seines Areals. Und jeder Zuwachs wollte ja hier dank intensivem Zentralismus überhaupt mehr bedeuten als etwa bei der lockeren Organisation Österreichs.

Kalvinistischer Unternehmergeist

Aber wie erklärt sich nun trotzdem der plötzlich einsetzende Aufstieg? Konzentrieren wir die Antwort in einem Satze: Die Erklärung des Rätsels beruht in der planmäßigen Anwendung eines einfachen Erfolgsrezeptes autoritär von oben her, eines Rezeptes, das westliche Zivilisation in die unterentwickelten Gebiete des Ostens übertrug mit dem einzigen Ziele, ein wachsendes Militärpotential heranzubilden und mit seiner Hilfe eine wachsende territoriale Expansion zu betreiben, die rückwirkend wiederum dem militärischen Potential zugute käme.

So steckt der kalvinistische Kapitalist in asketisch-fanaticher Arbeit seine Gewinne sofort wieder in sein Unternehmen hinein, um aus ihm neue Gewinne zu ziehen — nur bedacht auf die dynamische Ausbreitung, nicht auf die statische Repräsentation in standesgemäßer Lebenshaltung. Und eben dieser hochstilisierte Unternehmergeist bemächtigte sich, mit dem Großen Kurfürsten aus Holland einwandernd, der Hohenzollerndynastie und blieb ihr auch dann noch säkularisiert erhalten, als die religiöse Grundlage dahingeschwunden war — nur daß hier das Schwungrad des Erfolges nicht Kapitalismus hieß, sondern Militarismus, nur daß hier der Erfolg selbst nicht an der Expansion eines pri-

vaten Geschäftes gemessen wurde, sondern, an der eines Staates. Dieser Staat entwickelte im zivilen Sektor mit Hilfe unvergleichlich genauer und planvoller Verwaltung private Wohlfahrt und Zivilisation in eben dem Maße, wie sie als Basis überdimensionaler Rüstung erfordert wurden, aber nicht als Selbstzweck. Der Lebensstandard konnte bescheiden bleiben. Die geringen Ansprüche einer Bevölkerung unterentwickelter Gebiete unterstützten nur das ganze System: es verstand aus der Not eine Tugend zu machen. Aus dem mehrschichtigen Menschentum, das es in verschiedenartigen Landesteilen vorfand und mit westlichen Kolonisten noch buntscheckiger gestaltete, hat es ein künstliches Staatsvolk in einem künstlichen Gesamtstaate geschaffen und erfüllt mit einheitlicher Staatsethik über allen Konfessionen — immer von neuem fähig mit ehernem Stempel Menschen nach seinem Bilde zu prägen.

Der bekrönende Staatszweck aber, zu dem alle Linien des Systems konvergierten, war dynamische Außenpolitik, deren sichtbare Erfolge zur letzten Rechtfertigung des überaus künstlichen Machtunternehmens dienten, deren Abschirmung und Verarbeitung aber auch Atempausen verlangen konnten.

Militaristische Staatsräson

Wir sehen also eine militaristische Staatsräson der Expansion, methodisch fixiert in den politischen Testamenten, permanent am Werke, wie sie in dieser wasserklaren Reinheit in Europa sonst unbekannt war. „Preußen muß eine militärische Regierung haben und alles auf militärische Zwecke beziehen“, formulierte Friedrich der Große. Man mag sagen: wir sehen eine rationelle Machtfabrik vor uns, die den handwerklichen Methoden traditionsgebundener Machtgewinnung um so mehr überlegen war, als sie ja den Anspruch auf standesgemäße höfische Repräsentation mit schneidendem Hohn negierte. Man mag unter dem Gesichtspunkte der Reichsgeschichte auch sagen: wir sehen einen kleinen protestantischen Reichsrebellensich ins Europäische erheben und die bereits im 16. Jahrhundert erreichte Konzentration des Militärischen, Finanziellen und Geistigen, wie

wir sie bei den westdeutschen protestantischen Territorien vorfinden, auf das Vehementeste im 17. und 18. Jahrhundert vervollkommen — in der Nachfolge der abgestürzten Hessen und Pfälzer, in der Schule und Verwandtschaft der Oranier, in der Rivalität mit den Schweden.

Demgegenüber bleiben die schwammigen Großmächte zurück in kavaliärsmäßiger Lässigkeit. Sie ruhen gesichert in ihrer Masse, und die katholisch-barocke Repräsentation ihrer Macht gilt ihnen geradezu als ein Teil der Macht selbst. So sind es, nicht die „Großen“, die beati possidentes, die den Militarismus auf den Gipfel geführt haben und die ihn tragende präzise Verwaltung. Es sind gerade die „Kleinen“, die zwar von den Großen lernten, aber nur um deren Extensität durch ihre Intensität zu balancieren. Selbst bedroht, entwickeln sie die Fähigkeit, andere und selbst größere ihrerseits zu bedrohen.

Überwindung der Krisis durch das altpreußische Erfolgsrezept

Aber was wurde aus dem bewährten altpreußischen Erfolgsrezept in der napoleonischen Ära, als die wendige Kabinettspolitik der „Freien Hand“ im Rahmen des labilen europäischen Gleichgewichtes ad absurdum geführt wurde durch den Zerfall des Erdteils in zwei Heerlager, infolge des erneuerten französischen Hegemonialstrebens? Was wurde aus dem Rezept, als gerade die künstliche überdimensionale Rüstung zusammenbrach im Kampfe mit den begeisterten Rekrutenheeren Frankreichs, als auch die künstliche innere Ordnung des Staates aus den Fugen ging, als endlich seine autoritäre Führung in Frage gestellt wurde ebenso durch den Zeitgeist wie die persönliche Unfähigkeit des Herrschers? Brachen doch ungeahnte Massenströmungen in den halbzertrümmerten Mechanismus ein, so daß rückwirkend selbst der gefeierte königliche Konstrukteur sein Prestige verlor!

Unmöglich, aber auch unnötig, von dem turbulenten Auf und Ab dieser Jahre hier Rechenschaft zu geben. Nur so viel: das auf dem Wiener Kongreß wiederhergestellte Preußen besaß nicht mehr ein kristallinisch klares Wesen wie

das alte, nicht mehr ein anerkanntes Erfolgsrezept wie jenes. Es wußte ja keine Antwort auf die beiden in sich zusammenhängenden drängenden Fragen der Zeit: die ständische und die nationale. Seine Rüstung blieb zurück. Seine Führung blieb gelähmt. Seine Großmachtqualität blieb im Ungewissen. Von wagemutiger Außenpolitik konnte trotz der Begründung des Zollvereins wohl die Rede nicht sein. Es flüchtete vielmehr in den gemeinsamen Hafen der Restauration. Aber auch hier fand es keinen Schutz vor der Revolution von 1848. Würde sie sich nicht erneuern? Und welche Bedeutung konnte dann Preußen noch beanspruchen als eben die, sich der nationalen Bewegung endgültig zur Verfügung zu stellen, um dann in dem kommenden Nationalstaate aufzugehen, wie es Savoyen aus vergleichbarer Situation heraus alsbald tun sollte? Wieviel aber wäre dann von den altpreußischen Prinzipien noch wirksam geblieben, um das neudeutsche Schicksal zu bestimmen?

In dieser von innen her anschleichenden Krise war es nun die Erinnerung an das altpreußische Erfolgsrezept, die von der gefährdeten juncker-

lichen Gesellschaft und von dem junckerlichen Offizierskorps wieder hervorgeholt wurde als ein Rezept für das eigene Überleben wie das des Staates. Möchte Ranke gerade aus der preußischen Politik des anciens régimes seine Vorstellung von dem Primat der Außenpolitik gewonnen haben, so war es seit 1848 mit diesem Primat vorbei, ja fast hatte sich ein Primat der Innenpolitik herausgebildet. Und im Dienste solcher Innenpolitik wurde nun die altpreußische Parole erneuert: autoritäre Führung, überdimensionale Rüstung, expansive Außenpolitik! Es war die Parole der Manteuffel und Roon, die Parole Bismarcks. Folgte man ihr, so mochte es gelingen die populäre Bewegung zu überspielen und statt in ihren Dienst zu treten, sie umgekehrt in Dienst zu nehmen. Dabei war es mit erneuertem Friderizianismus allein nicht getan. Es hieß ihn ergänzen durch eine Beimengung von Bonapartismus unter Verwertung des Vorbildes Napoleons III., der ja die inneren Spannungen einer modernen Gesellschaft autoritär zu dominieren und nach außen abzulenken wohl zu lehren vermochte.

Bismarck als Erbe der friderizianischen Außenpolitik

Und so geschah es denn! Zuerst die Armeeorganisation, die schlagartig von neuem eine überdimensionale Rüstung zuwege brachte, die allein in Europa die jakobinische allgemeine Wehrpflicht voll ausnutzte, aber paradoxerweise dennoch die vergrößerte Armee erst recht den friderizianischen Traditionen des junckerlichen Offizierskorps unterordnete. Und der Erfolg? 1866 verfügte Preußen mit seinen 18 Millionen Einwohnern über eine ebenso starke Feldarmee wie Österreich mit der doppelten Zahl von Einwohnern, obendrein aber auch noch über weit besser ausgebildete Reserven. Aus der Armeeorganisation aber entwickelte sich sofort der Kampf um die Wiederherstellung der monarchischen Autorität gegen das Andrängen des Parlamentes, das das Heer als Instrument einer nationalen Außenpolitik in eigne Hand zu bekommen strebte. Sieger würde sein, wer von den beiden miteinander ringenden Gewalten eine erfolgreiche Außenpolitik tatsächlich durchzuführen vermöchte. Und das gelang dank Bismarck der Krone. Er wandte das altpreußische Erfolgsrezept in seiner wichtigsten Vorschrift an, als er eine neue friderizianische Außenpolitik inaugurierte, wiederum gegen Österreich, den Genossen im deutschen Bunde und Alliierten von 1813 und 1864. Es war eine Außenpolitik, die von derselben Labilität des damaligen europäischen Gleichgewichtes begünstigt wurde, wie die friderizianische durch entsprechende Labilität im 18. Jahrhundert. Aber deswegen war 1866 nicht weniger verwegen als 1740 und 1756. Wiederum stand der Staat vor der echt preußischen Alternative, die anderen fremd war: wachsen oder untergehen. Wiederum ein kunst-

volles Spiel aus dem Kabinett mit der Existenz des künstlichen Staates. Es durfte vor keinem Mittel zurückscheuen, auch nicht dem unheimlichen Bunde mit der Revolution in Ungarn, Böhmen, vielleicht in Polen, ja in Deutschland. Die Verschickung Lenins im plombierten Wagen nach Petersburg und anderes dergleichen im ersten Weltkriege durfte sich auf Bismarcksche Tradition berufen. Endlich: Friedrich den Großen begleitete eine Giftphiole in die Schlacht, Bismarck aber der Entschluß, im Falle der Niederlage auf den böhmischen Schlachtfeldern sich der letzten Reiterattacke anzuschließen. Mit Hilfe dieser altpreußischen todesnahen Dynamik, mit Hilfe eines in Preußen selbst verhassten Bruderkrieges, mit Hilfe eines verwegenen Segelmanövers zur Ausnutzung des „nationalen

Schwindels“, begründete er den Norddeutschen Bund und vier Jahre darauf das zweite Kaiserreich im Feuer des Kampfes gegen Napoleon III. Er ließ dessen großer Heeresreform nicht Zeit, den Vorsprung der überdimensionalen preußischen Rüstung einzuholen, und stellte durch die spanische Intrige den Kaiser vor die Wahl zu kämpfen oder kampflös zu fallen. Was half dann noch der Republik Gambettas ihre Volkszahl, ihr Reichtum, ihr improvisierter Heroismus gegen ein militarisiertes Volk, das sich großgehungert hatte, das zwar über keine Luxusindustrie, dafür aber über eine vom Staat entwickelte Schwerindustrie verfügte, zudem über eine autoritäre Führung, unabhängig von Wahlen und Parteien. Widerpart von Revolution und Demokratie?

Die deutsche Nation künstlich ins Leben gerufen

So wurde denn durch Bismarck, operativ von oben her, eine neue deutsche Nation künstlich ins Leben gerufen, die kleindeutsche unter protestantisch-wirtschaftlichem Vorzeichen als Bereich der großpreußischen Hegemonie. Unvermeidlich wurde dabei diese deutsche Einigung erkaufte mit einer tatsächlichen deutschen Teilung, wie sie ja als Möglichkeit eigentlich schon seit Jahrhunderten angelegt war. Insofern versagen eben doch die beliebten Parallelen zwischen dem Kriege von 1866 und den Einigungskriegen der Schweizer, Italiener und Amerikaner im 19. Jahrhundert. Hier ging es allemal um Wiederherstellung oder Schaffung eines Ganzen, dort aber um die Interessen eines Partikularstaates,

der sich bestimmter populärer Interessen bediente, um aus dem bereits bestehenden lockeren Ganzen, nämlich dem Bunde, ein festgefügtes Teilreich abzusondern, wieder Triumph der Intensität über die Extensität, des ehemaligen Rebellen gegen den Reichsgedanken von ehemals.

Wie aber konnte es anders sein, als daß diese neue Nation sich vollzog mit dem Glauben an das preußische Erfolgsrezept, dem sie ihre Existenz verdankte, daß sie die preußische Geschichte als die ihre übernahm, da sie selbst geschichtslos war? In der napoleonischen Ära hatten die Reformer eine deutsch-preußische Symbiose eingeleitet — Bismarck brachte eine preußisch-deutsche Symbiose zuwege und mochte

in ihrem Fortgange auch die Bedeutung des preußischen Staates verwischt scheinen, so wirkte sich dafür im größeren Rahmen die Bedeutung des preußischen Wesens mit einer populären Gewalt aus, über die es früher nicht verfügt hatte. Die alte preußische Formkraft strahlte, abgewandelt durch die nationale Hochstimmung, erst recht in die Breite aus. Das wirkte sich gerade

in den bürgerlichen Schichten aus, die sich soeben noch am leidenschaftlichsten gegen den Primat Preußens gestemmt hatten. Emporgetragen durch ein Wirtschaftswunder, das sich schon im Zollverein angekündigt hatte, lernten gerade sie fleißig ihre preußische Lektion, beugten sich der autoritären Staatsführung, bekehrten sich zum Rüstungsgedanken, wandten sich hoch-

fliegender Außenpolitik zu. Es war aber die des Imperialismus, die dem Interesse der jungen Industriegesellschaft entsprach und die ozeanische Weite ins Auge faßte, die dem agrarisch-kontinentalen Preußentum fremd gewesen. Demgemäß galt es nun den Rüstungsgedanken für einen neuen Schauplatz zu adaptieren, eine Flotte zu bauen, wie sie schon die Demokraten von 1848 gefordert hatten.

Altpreußische Methode und neudeutsche Zielsetzung

In der Person des jungen Kaisers aber bestieg die junge Generation den Thron, und in ihm vermählte sich die altpreußische Methode mit der neudeutschen Zielsetzung. Hatte er doch schon als Schüler auf dem Hofe des Kasseler Gymnasiums seinen Kameraden angekündigt, er werde in moderner Form die Leistung seines großen Ahnherrn Friedrich Wilhelms I. erneuern und ebenso methodisch eine Flotte bauen als Instrument der Weltpolitik, wie jener sein Heer als Instrument der europäischen aufgebaut hatte. Und ganz demselben Rückblick und Vorblick begegnen wir immer wieder beim Durchforschen der damaligen Publizistik: sie hoffte darauf, Deutschland werde mit demselben Erfolgsrezept in den Kreis der Weltmächte eindringen, mit dem s. Zt. Preußen in den Kreis der Großmächte eingedrungen war.

Bei diesem neuen Aufbruche spielte nun allerdings als zusätzlicher Ansporn auch eine Sorge ihre Rolle: die Sorge vor den sozialen Spannungen, die aus dem hektischen Gedeihen der jungen Industriegesellschaft hervorwuchsen — Schatten ihres Lichtes. Es war ähnlich wie zu Beginn von Bismarcks großer Aktion, die ja ebenfalls von der Sorge vor inneren Spannungen angespornt wurde. Und wie damals wurde auch jetzt das altpreußische Rezept mit einer

bonapartistischen Zugabe verstärkt. Wenn etwa Friedrich Naumann von Demokratie und Kaisertum sprach, so meinte er ein bonapartistisch gefärbtes Kaisertum in Fortsetzung Bismarckscher Ansätze.

Aber gleichviel, welche modernen Zuflüsse in die altpreußische Strömung einmünden — deren Richtung setzte sich dennoch durch. So setzt sich die Richtung der vorerst schwächtigen Donau immer wieder durch trotz der wasserreichen Zuflüsse aus den Alpen, die weit mächtiger sind als der mütterliche Fluß. Es ist ein Bild, das bis 1945 seine Geltung behalten mag!

Wohl gab es auch stärkste Widerstände. Aber unter ihnen doch keinen, der die ganze Nation aufgerufen hätte und nicht nur einzelne Klassen, Konfessionen, Partikularismen und Interessengruppen, keinen der allen eine so suggestive Zukunftsvision zu bieten hatte wie der Imperialismus.

Auch wirkte er um so verführerischer, als er ja keineswegs notwendig in einen heißen Krieg auszumünden brauchte, vielmehr Englands Überwindung in einem kalten Kriege versprach, also höchsten Gewinn und begrenzte Opfer; dieses alles angemessen einem wohllebenden Geschlechte, das die spartanische Zeit des Großhungers nicht mehr kannte.

Der Absturz in den Hegemonialkrieg

Freilich verbarg sich in dieser leichtfertigen Zuversicht eben jener fatale Rechenfehler, der 1914 diese widerspruchsvolle, hochgerüstete und friedliche Weltpolitik zusammenstürzen ließ wie ein Kartenhaus. Über Nacht sah sich das eingekreiste Reich hineingezwungen in einen europäischen Hegemonialkrieg klassischen Stils, statt hinauszugreifen in die Welt aus eigener Initiative. Verloren war plötzlich der Talisman einer Politik der freien Hand, wie sie Bismarck und Friedrich der Große so meisterhaft geübt hatten, nämlich in Zeiten der Labilität des Staatensystems nach den Kämpfen der Hegemonialkriege Napoleons I. und Ludwig XIV. Jetzt mußte ja Deutschland selbst wohl oder übel einen Hegemonialkrieg führen, und wiederum zerfiel Europa in zwei starre Heerlager.

Aber in dieser überraschenden Not suchten wir nun erst recht Tröstung bei der preußischen Geschichte. Hatte nicht Friedrich der Große

trotz aller Einkreisung seinen Siebenjährigen Krieg bestanden und den Ring der Feinde mit seinem unvergleichlichen Heere aufgebrochen? War jetzt nicht wiederum die große Stunde der alten stolzen Armee gekommen, dem Fundamente altpreußischer Größe, das man nur allzu sehr vernachlässigt hatte zugunsten jener heißgeliebten Tirpitz-Flotte, die jetzt untätig im Hafen lag? Hätte es nur auch eine autoritäre Staatsführung altpreußischen Stils gegeben, einen roi connétable! Der Kaiser war es nicht, und so wurde sein leer bleibender Platz logi-

scherweise von den Feldherren eingenommen, die sich zutrauten, wiederum den Ring der Feinde mit dem unvergleichlichen Heere aufzubrechen, während die Staatsmänner ihre Kartenhäuser ratlos zusammenfallen sahen. „Preußen muß eine militärische Regierung haben“, hatte Friedrich der Große geschrieben, „und alles auf militärische Zwecke beziehen!“ Selbst noch die „Flaumacher“, die Verständigungspolitiker hielten auf ihre Art an der altpreußischen Linie fest, indem sie auf einen Hubertusbürger Frieden hofften, der die Tür zu großer Zukunft angelehnt ließe. Auch ihnen kam nicht zum Bewußtsein, daß jene Parallele mit dem Siebenjährigen Kriege fehl am Platze sei, da damals Berlin von London aus nicht bekämpft, sondern beschützt wurde.

Aber weiter: Als dann die im tiefsten unverständene Katastrophe dennoch herannahte, löste sie in der Führungselite wiederum eine echt preußische Reaktion aus, nämlich die Erinnerung, wenn nicht an die Giftphiole Friedrichs des Großen, so an die letzte Reiterattacke Bismarcks: es schien dem preußischen Stile gemäß zu sein, wenn der Kaiser mit seinem Gefolge den Tod suchte auf dem Schlachtfelde.

Bedeutete aber das Versagen des Monarchen und der Untergang der Monarchie wirklich auch bereits den Untergang der preußischen Tradition? Paradoxerweise fand das Gegenteil statt. Allerdings, das alte Erfolgsrezept wurde abgelöst von dem sozialen Boden, mit dem seine Anwendung verwachsen schien, von der konservativ-feudalen Gesellschaft und dem Besitz-Bürgertum, das sich ihr im Zweiten Reiche angeschlossen hatte. Dafür erstrahlte nun der Stern des preußischen Prinzips nur um so heller über all den chaotischen Trümmern der gesellschaftlichen Zusammenbrüche, die dem Zusammenbruch des Staates folgten. Es schauten zu ihm gleichermaßen auf die aus der Macht Verdrängten wie die zu ihr Hindrängenden. Es wurde zur abstrakten Zauberformel, zum letzten Glaubenssatz glaubensloser Nihilisten, zum Gegenpole gegen das demokratische Prinzip von Weimar.

Beschwörung der soldatischen Jugend

Es wiederholte sich nunmehr bei uns in den folgenden 15 Jahren des Weimarer Regimes etwas Analoges wie hundert Jahre zuvor in Frankreich, in den 15 Jahren der Restauration. Damals ließ die aufpeitschende Erinnerung an die

versunkene Glorie die Junge Generation kein gutes Haar finden an der neuen Staatsführung und Staatsform, weil beide ihre schmähliche Existenz einer Katastrophe verdankten. Genau das Entsprechende bei uns. Die großen Magier

des Wortes, Möller van den Bruck, Spengler, Ernst Jünger, beschworen die soldatische Jugend, die unter Ludendorff ihrer Kraft bewußt geworden, zurückzukehren zum preußischen Stile als der Vorbereitung neuer Größe — in einer neuen, der klassenlosen Gesellschaft. Arbeiter und Soldaten sollten sich die Hand reichen in wahrhaft totaler Mobilmachung aller Kräfte. Jetzt begann als Vorbild die harte altpreußische Gestalt Friedrich Wilhelm I. zu erstrahlen, sein Staatssozialismus, seine wirtschaftlichen Planungen, seine rücksichtslose Beugung ererbter Standesvorrechte, und letztlich natürlich sein Militarismus. Hatte er nicht schon mit den Mitteln seiner Zeit einen Totalitarismus angestrebt mitten im Frieden, wie ihn Ludendorff im Gedränge des Krieges hatte improvisieren müssen?

Autoritäre Führung also, Erneuerung von Staat und Gesellschaft im Zeichen erneuerter überdimensionaler Rüstung, endlich verwegene

Außenpolitik wie 1740 und 1866, diesmal aber angefeuert vom Durst nach Revanche — solche altpreußischen Stichworte kehrten in 100 Varianten in der Diskussion immer wieder, jedoch mit moderner totalitärer Zuspitzung. Und bald hieß der Gegenpol gar nicht mehr Demokratie, sondern Kommunismus als der übernationale Totalitarismus. Das heißt also, zum dritten Male wirkte als zusätzlicher Ansporn die Furcht vor der inneren Auflösung des Bestehenden und diesmal selbst der Nation. Lehrmeister wurde der italienische Faschismus, der ja seinerseits die bonapartistische Linie fortsetzte und sich zugleich aus dem Mutterboden des Jakobinismus nährte, der ihm gemeinsam war mit seinem bolschewistischen Todfeinde. Nicht anders verschmolz sich bei uns nunmehr mit der altpreußischen Strömung ein neudeutsch-faschistisches Jakobinertum und vervielfachte die preußische

Dynamik, ohne doch ihre Methode zu ändern. Am Tage von Potsdam wurde diese Verschmelzung theatralisch gefeiert, die an ähnliche Verschmelzungen auf unteren Spiralwindungen erinnerte, erst unter Bismarck, dann unter Wilhelm II. Oder war der Tag von Potsdam nur trügerischer Propagandaeffekt? Gewiß nicht! Zwar bewußter Propaganda bedurfte die moderne autoritäre Führung, um die Massengesellschaft geistig lenken zu können. Das hatte ja schon Ludendorff richtig erkannt, obgleich er Exponent des altertümlichen Offizierskorps war. Aber mußte diese Propaganda täuschen über die wahre Gesinnung der Führung? Vielmehr glaubte diese selbst ebenso an ihre eigene Propaganda wie heute die Bolschewisten an die ihre. Auch ihr leuchtete das Bild des großen Preußenkönigs — als Irrlicht — voran beim Aufbruch in die neue Katastrophe.

Hitler und der preußische Machtgedanke

Aber, so hören wir, Hitler war doch gar kein Preuße von Geburt? Dafür eben ein Wahlpreuße von Gesinnung, nämlich insofern ihn das preußische Machtwesen in seinen Bann geschlagen hatte wie seit 200 Jahren so viele andere Wahlpreußen. Wurde er doch fürs Leben geprägt als Freiwilliger in einem deutschen Infanterie-Regiment, d. h. aber in einem preußisch erzogenen. Und wenn er später zusammenstieß mit jedem unstaatlichen Geiste und zumal dem kirchlichen, so war auch solcher Zusammenstoß der preußischen Geschichte nicht ganz fremd. Erhob doch seit der Reformation der protestantische Staat in besonderem Maße den Anspruch Geist und Moral zu lenken, und war nicht erst im Kulturkampf zusammengestoßen mit der unlenkbaren katholischen Kirche. Schon Mirabeau hatte Friedrich den Großen charakterisiert als den Erzieher des „homme machine“.

In den altpreußischen Provinzen hat denn auch der Wahlpreuße bei Abstimmungen den weitaus durchschlagendsten Erfolg errungen. Vor allem garantierte ihm der altpreußische Geist der Armee die Zuverlässigkeit dieses Machtinstrumentes bis zur letzten Stunde, allen Bedenken einzelner zum Trotz. Aber niemals hätte Hitler die dämonische Macht über die Volksseele erlangt ohne ihr — selbst ein Gedeümigtger — Rache für ihre Demütigungen zu verheißen — ein Dämon der Revanche.

Schon Bismarck hatte in der Mitte des Jahrhunderts mit Betonung wiederholt: *„Wir sind fast so eitel wie die Franzosen; können wir uns einreden, daß wir auswärts Ansehen haben, lassen wir uns im Hause viel gefallen.“* Wie viel schlagender war die Parallele mit den Franzosen inzwischen geworden. Denn was Bismarck damals ihre Eitelkeit nannte, war ja doch nur ihr

brennendes Verlangen gewesen, Revanche zu nehmen für den Zusammenbruch von 1815, für den Absturz von der hegemonialen Höhe. Jetzt waren auch wir von solcher Höhe abgestürzt und auch wir verlangten nach einem Gegenschlag. Auch wir wollten die Kette der Verträge abwerfen, die zwar weit schwerer wog als die Kette der Verträge von 1815, die aber ebenfalls vor allem als Symbol der Niederlage unerträglich erschien. *„Invictis victi victuri“* stand auf dem Gefallenmal der Berliner Universität. Derjenige, der dieses Gelöbnis der Revanche einlöste, durfte gewiß sein, von der Nation einen hohen Preis verlangen zu dürfen: sie würde sich im Hause von ihm viel gefallen lassen! So hatte Bismarck im bürgerlichen Jahrhundert gesagt. Im proletarischen Zeitalter des Totalitarismus mußte das Wörtchen „viel“ sich verwandeln in das Wörtchen „alles“.

Verzweifelter Kampf gegen ein unverstandenes Schicksal

Bedenken wir vor allem doch, um welche Revanche es sich handeln sollte. Die Niederlage im Hegemonialkampf gegen Europa, ja die Welt, konnte nur wettgemacht werden bei der Bereitschaft, schlimmstenfalls einen neuen Hegemonialkampf zu bestehen. Der alte war verloren worden, so schien es uns, weil er weder materiell noch geistig hinreichend vorbereitet als überraschendes Begegnungsgefecht improvisiert werden mußte. Er war verloren worden, so schien es uns wenigstens, nicht weil das preußische Rezept an sich verfehlt, sondern weil seine Anwendung zu zaghaft gewesen. Das Versäumte ließ sich nur nachholen mit weitschauender Methode und mit Bedenkenlosigkeit. Hatte sich aber erst einmal die dumpfe nationale Sehnsucht zur Wiedergutmachung in einem charismatischen Führer verkörpert, wie ihn ja schon die Imperia-

listen vor 1914 herbeigewünscht, dann gab es kein Halten mehr. Und um so weniger, als die fatale Überhöhung bei der Zielsetzung den wenigsten überhaupt klar bewußt wurde. Denn trotz allen Strebens, begangene Fehler zu vermeiden, blieb auch jetzt noch der Hauptfehler in unseren Berechnungen vor und während des ersten Weltkrieges unerkannt. Weder wußten wir um die gefährliche Eigenart des typischen Hegemonialkrieges, noch daß wir einen solchen geführt hatten. Und so wiederholten wir denn zumeist blind ein Unternehmen, das wiederum am ersten Tage bereits verloren war. Aber erst durch den verzweifelter Kampf gegen das unerbittliche und unverstandene Schicksal wurden dann alle Höllengeister vollends entfesselt, die in der Seele des Führers selbst wie in der seiner Gefolgschaft. Ja, die Furcht vor den Folgen aber-

witziger Verbrechen härtete erst recht die Treue des preußisch erzogenen „homme machine“.

Und endlich ordnete sich auch das Finale in der Reichskanzlei der preußischen Linie ein. Der todesnahe Geist Preußens, dem sich der Abenteurer verschrieben, forderte sein Leben. Kaum zu bezweifeln, daß er in seinen letzten Augenblicken der Giftphiole Friedrichs des Großen gedachte.

So ließe sich abschließend sagen: der extrem kühne Rebellen-Heroismus des preußischen ancien régime half den extrem verzweifelter Rebellen-Heroismus unserer hegemonialen Ära formen und ging selbst mit ihr zu Ende. In einer letzten grausigen Explosion zerstäubte er wie eine Rakete, die ihre vorgeschriebene Bahn durchmessen hat.

Zwischen Anklage und Verteidigung unserer Geschichte

Ich habe punktartige Aphorismen aneinandergereiht, um eine Linie sichtbar zu machen — die preußische Linie, die eingegraben ist in das deutsche Schicksal, erst flüchtig, dann immer tiefer. Ich kehre nun am Schluß mit einigen Bemerkungen zurück zu meiner eingangs formulierten Aufgabe: zwischen Anklage und Verteidigung unserer Geschichte etwas drittes zu finden, das, von beiden lernend, beide überschaue. Kann dergleichen gelingen?

Offenbar kommt meine Skizze der Anklage näher als der Verteidigung, insofern sie den Zusammenhang der Kette nicht zerschneidet in

isolierte Einzelercheinungen, die bald und zu meist als „gesund“ zu billigen wären, bald als „krank“ aus dem Geschichtskörper zu tilgen seien. Die Verurteilung von kranken Teilen zur Rettung des gesunden Ganzen, und zwar unter Leugnung jeder Kontinuität, ist eine Apologetik, die ebensowenig wie die Apologetik in der Kriegsschuldfrage nach 1918 den historischen Sinn auf die Dauer wird befriedigen können; er hat die Teile in der Hand . . . !

Aber deswegen brauchen wir uns noch nicht mit der Anklage zu identifizieren, die zwar einen Zusammenhang sieht, ihn aber simplifi-

ziert und verabsolutiert. Beide Betrachtungsweisen haben nämlich bei aller Gegensätzlichkeit dieses gemeinsam: sie sind beide interessiert, greifen beide in ein aktuelles Prozeßverfahren ein, plädieren hier für Verurteilung und dort auf Rehabilitierung mit Bewährung, hier geleitet von der Furcht auf Rückfälligkeit des grundbösartigen Volkes, dort von der Hoffnung auf Fortsetzung seiner Geschichte auf verwandter Bahn nach Rückkehr zu bewährtem Maßhalten.

Könnten wir nicht ein halbes Menschenalter nach der Katastrophe hinausgelangen über derart affektbeladene Einstellungen?

Die Bedeutung des Epochenjahrs 1945

Es geht die Rede, wir müßten unsere Geschichte bewältigen. Was soll man darunter verstehen, wenn nicht die Gewinnung einer überlegenen Distanz? Ich will nicht dem blutleeren Phantom einer Historie sine ira et studio das Wort reden; wohl aber behaupten, daß heute ira et studium sich auf ganz andere Probleme beziehen müssen als vor 1945! Jenes halbe Menschenalter, das seitdem verflossen ist, hat alle Voraussetzungen unserer Existenz so vollständig verwandelt, daß wir selbst als Verwandelte Abstand gewinnen sollten von allen Vorgängen vor dem Epochenjahr 1945, um geläutert und freien entschlossenen Geistes eine ganz neue Situation zu bestehen. Dann allerdings vermöchten wir unsere Macht-Geschichte preußischer Prägung am sichersten zu bewältigen, wenn wir sie verständen als eine völlig abgeschlossene.

Gestehen wir uns doch ein, daß heute ein politischer Körper des deutschen Volkes, wenn es ihn gäbe, in keiner Weise etwas ähnliches bedeuten könnte wie einst — so wenig wie Bayern nach 1870 etwas ähnliches bedeuten konnte wie im Ersten Reich. Ist doch mit dem europäischen Staatensystem die ganze Umwelt unseres politischen Daseins verschwunden und für den nüchternen Betrachter kein Weltsystem wahrhaft in Sicht gekommen, das Ersatz böte. Obendrein, das Furioso eines Hegemonialkrieges im alten Sinne, wie es erst das deutsche Fieber des 20. Jahrhunderts begreifbar macht, ist in der neuen Konstellation gar nicht mehr vorstellbar. Vielmehr ist im Rahmen des ringenden Welt dualismus in den Vordergrund gerückt das Problem einer friedlichen einheitlichen Weltordnung als das Problem aller Probleme und mit ihm die Frage, was in ihr vom abendländischen Menschentum überleben werde. Darüber sine ira et studio nachzudenken, ist gewiß dem Abendländer nicht zuzumuten, aber um so eher über die vorhergehende Epoche ins Reine zu kommen, die diese Frage noch gar nicht kannte! Um so eher mag es auch gelingen, die Anklage gegen unsere neuere Geschichte zu entschärfen, ohne abzuleugnen, daß sie mit Recht versucht, Kontinuität aufzuzeigen.

Als Kontinuum erscheint uns nun das alt-preußische Erfolgsrezept. Aber angewandt wird es jeweils in verschiedener Konstellation und verschiedener Dosierung, getragen wird es von verschiedenen Gesellschaftsschichten und verschiedenartigen Menschen. Es findet eine Dauer im Wechsel statt, und über der Hervorhebung der Dauer darf die Kennzeichnung des Wechsels nicht zu kurz kommen.

Die Furcht der Ankläger vor der Wiederkehr der letzten Phase projiziert deren Schrecken einfach zurück auf die früheren Phasen. Es ist, als ob bei der Betrachtung einer Familiengeschichte zuerst ins Auge gefaßt würde die letzte Generation, die etwa im Kretinismus endete, um nachzuweisen (was durchaus tunlich ist), daß bereits bei den gesunden Vorfahren die allge-

meinen Familienmerkmale auftreten, die auch noch die Kretins besitzen. Und rasch ist das vernichtende Gesamturteil fertig: post hoc ergo propter hoc.

Wie peripherisch ist doch noch die innere wie äußere Ausdehnung preußischen Wesens im 17. und selbst im 18. Jahrhundert, verglichen nämlich mit dem deutschen Siedlungsgebiet im ganzen; wie scheint es bisweilen eher bestimmt nach Polen hineinzuwachsen als nach Deutschland. Dann kommen allerdings im 19. Jahrhundert die mächtigen Zuflüsse aus der deutschen Bewegung. Aber sie drohen ja gerade das alt-preußische Wesen zu überwältigen — bis sie durch Bismarck dann eben doch in das alte Strombett hineingezwungen werden!

Im Anfang Erfolge, am Ende Katastrophen

Bis hierher wird das Extreme und Verwegene letztlich immer wieder balanciert durch rechtzeitiges Atemholen zur dauernden Sicherung des sprunghaft Gewonnenen. Das trifft gleichermaßen bei Friedrich dem Großen wie bei Bismarck zu. Bis hierher wird das Zerschneiden anderer Entwicklungslinien immer noch kompensiert durch Ausbreitung einer kraftvollen, in sich aber noch beschränkten Ordnung. Unermeßlich ist der Segen, den sie vor allem im Osten gestiftet hat; hier wirkte sie durchaus schöpferisch. Aber auch für das Ganze der neubegründeten Bismarck-Nation erschien diese Ordnung überwiegend als Segen, als Erlösung von einem eingefressenen Minderwertigkeitskomplex, was die Machtgeltung anging, als Erziehung zu disziplinierter Aktivität auf allen Gebieten der Zivilisation, zugleich aber auch als Damm gegen gefährliche Massenbewegungen nationaler und sozialer Art. Im übrigen, wer kennt die Alternative zur Reichsgründung? Wer wagt überhaupt, Verlust und Gewinn säuberlich auszurechnen?

Jedenfalls wurde noch der Wilhelminische Flottenimperialismus konzipiert, um den Damm zu verstärken. Der Effekt war dann der umge-

kehrte! Denn mit dem August 1914 veränderte sich unverhofft die ganze Konstellation grundlegend, und um so wirkungsvoller, als wir Maß und Art dieser Veränderung nicht einzusehen vermochten — durch unsere blutvolle Vitalität nur allzu gut geschützt vor des Gedankens Blässe. Von 1914 — 1945 führt die unentwegte weitere Anwendung des alten Rezeptes von einer Katastrophe zur anderen, nachdem sie 200 Jahre lang von einem Erfolg zum anderen geführt hat. Den Damm, den sie hatte sichern sollen, zerstörte sie bereits 1918, und sie gab damit chaotisch-schäumenden Massenströmungen den Weg frei, die sie hatte dominieren wollen.

Aber die mächtigste dieser Strömungen, die nationalsozialistische, nahm nun ihrerseits das alte Erfolgsrezept in ihren Dienst, um im Vertrauen auf seine Zauberkraft eine neue, eine totale Ordnung zu begründen und mit ihrer Hilfe den verlorenen Kampf zu erneuern, dessen Ausweglosigkeit sie nicht begreifen wollte. Sie endete in einer Katastrophe, deren Totalität nur von einem totalitären System erreicht werden konnte und die den Glauben an das alte Rezept für immer ausgebrannt hat, jedenfalls bei uns.

Man mag diese so gänzlich verschiedenen Stationen auf dem Wege von 1640 bis 1945 Glieder einer Kette nennen, aber eben Glieder aus ganz verschiedenen Metallen — immer jedoch

zusammengehalten durch jenes Kontinuum der altpreußischen Machtrezepte, immer noch Wellenkreise, die sich konzentrisch um das Beginnen des anciens régimes legen.

Dauer und Wechsel gleichzeitig sehen!

Mir scheint, wir müßten heute mit einem Blick beides zu umfassen versuchen, Dauer wie Wechsel; nicht mit den Apologeten allein den Wechsel beleuchten, nicht mit den Anklägern allein die Dauer. Ein solcher umfassender Blick könnte aber wohl nur erfolgen aus der zutiefst verstandenen Distanz heraus, die den heutigen Betrachter trennt von dem Gegenstand seiner Betrachtung. Gerade unsere deutsche Historie rechnet es sich zur Ehre an, Ludwig XIV. und Napoleon I., aber auch Peter d. Gr. und Lenin in eine Reihe zu rücken, ohne darüber ihre Andersartigkeit zu vergessen. Eine distanzierte Betrachtung könnte für unsere eigene Geschichte Analoges erreichen.

Und wenn wir uns schon genötigt sehen, das Ende der preußischen Linie in verwandelter Welt festzustellen, so besagt das noch nicht, daß wir trotz dem grausigen Finale die Trennung von ihr vollziehen sollten unter Verunglimpfungen ihres gesamten Ablaufes! Könnten wir nicht die Erinnerung an Friedrich und Bismarck in den Glasschrank stellen wie kostbares Gerät unserer Voreltern, das wir auf unserem Tisch nicht mehr in Gebrauch haben — so wie Holland und Schweden sich auch heute noch an ihre heroischen Zeiten erinnern, ohne ihnen praktisch nacheifern zu wollen? Zudem können wir nicht die Tugenden der phrasenlosen Pflichttreue und Tapfer-

keit, die uns der preußische Zuchtmeister eingepflanzt, heute erst recht hochhalten, um sie freilich einer ganz neuen und ganz unpreußischen Aufgabe zur Verfügung zu stellen: der Verteidigung des abendländischen Menschentums im Rahmen der Solidarität der Freien Welt — fern von allem Nihilismus und allem souveränen Staatsegoismus? *La Prusse est morte — vive la Prusse!*

Anmerkung:

Ludwig Dehio, geb. am 25. 8. 1888 in Königsberg/Pr., Dr. phil., Honorarprofessor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Marburg, Staatsarchiv-Direktor i. R., Mitherausgeber der „Historischen Zeitschrift“ von 1948—1956; Mitglied der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München; Korrespondierendes Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Mainz und Göttingen. Veröffentlichungen u. a.: „Gleichgewicht und Hegemonie“, 1948 (Übers. ins Italienische), „Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert“, (Übers. ins Englische).

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

* * *

„Die Universität
der Völkerfreundschaft“

Klaus Hornung: „Die Etappen der politischen Pädagogik
von Bismarck bis heute“

Josef Kalvoda: „Kommunistische Strategie
in Südamerika“

Ralph L. Powell: „Die rotchinesische Miliz“

Walther E. Schmitt: „Lenin und Clausewitz“

Wilhelm Ritter von Schramm: „Hitlers psychologischer Angriff
auf Frankreich“

Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik
der Sowjetwirtschaft“

Walter Wehe: „Die wirtschaftspolitische
Entwicklung Europas seit dem
Marshallplan“
